

## Zukunftskommission:

### **Vorschläge im kritischen Dialog auf dem Prüfstand Wirtschaft, Politik und Wissenschaft diskutieren Strategien der Erneuerung**



*Kritischer Dialog über die Kommissionsvorschläge:*

*Prof. Gerhard Kleinhenz (IAB, Nürnberg), Dr. Georg Obermeier (VIAG-Vorstand) und der stellvertretende IG-Metall-Vorsitzende Walter Riestler (v. links).*

*Foto: Schröder*

Lobeshymnen, Zustimmung, heftige Kritik - die Bandbreite der Reaktionen auf den Abschlußbericht der bayerisch-sächsischen Zukunftskommission reichte von „reaktionär“ bis „revolutionär“. Insbesondere zwei Strategien zur Lösung der Arbeitsmarktprobleme hat die Kommission empfohlen: einerseits die wirtschaftliche und gesellschaftliche Erneuerung, andererseits Anpassungen an die Bedeutungsverminderung der Erwerbsarbeit. Vertreter aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft stellten die Vorschläge in einem kritischen Dialog auf den Prüfstand.

Siehe Seite 3

## **Zukunft der Arbeit**

Die Bundesrepublik der sogenannten Wirtschaftswunderjahre war zweifellos eine Arbeitsgesellschaft. Auch wenn später ein Wandel deutscher Tugenden eintrat, blieb dieses Verständnis prägend. Doch mit der Arbeitsmarktkrise hat der sichere Arbeitsplatz wieder oberste Priorität. Seit der Arbeitsgesellschaft die Arbeit auszugehen scheint, will man zwar noch immer mehr vom Leben haben, aber doch unbedingt auch einen sicheren Arbeitsplatz. Die Orientierung am Vollerwerbsleben ist geblieben. Teilzeit oder Nichterwerbstätigkeit genießen nur geringes Prestige. Eine Bayerischen Rundfunk diskutierte Reformstrategien und Alternativmodelle.

Siehe Seite 21

## **Analysen und Zeugen des SED-Staates**

Die 2. Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages zur "Überwindung der Folgen der SED-Diktatur" legt demnächst ihre neuen Ergebnisse vor. Der Bundesgerichtshof wird noch in diesem Jahr über das Revisionsbegehren der Staatsanwaltschaft und der Verteidigung gegen das Urteil des Berliner Landgerichts im Politbüro-Prozeß (Krenz und andere) entscheiden. Im Rahmen einer Tagung für Geschichts- und Sozialkundeführer unter dem Titel: "Die SED-Diktatur: Forschungsergebnisse - Erfahrungen - Bewertungen" präsentierten historische und juristische Experten ihre Erkenntnisse.

Siehe Seite 27

## **Nachbar Tschechien Geschichte und Zukunft**

Geschichte als Vehikel, um daraus für eine bessere gemeinsame Zukunft der Deutschen und Tschechen zu lernen. Das war das Motto einer Tagung mit Vertretern aus Politik, Wissenschaft und Medien der beiden Nachbarstaaten. Eingedenk der vielen dunklen Stunden der gemeinsamen Geschichte galt das Interesse aller Teilnehmer der Entwicklung einer guten gemeinsamen Zukunft in einem Europa der Freiheit, ohne Krieg und mit Wohlstand für alle.

Siehe Seite 34

# Inhaltsverzeichnis

	<b>Selbe</b>
<i>Zukunftskommission:</i>	
<b>Ergebnisse auf dem Prüfstand</b>	3
Von der Arbeitsmarktkrise zur Vision einer unternehmerischen Wissensgesellschaft	3
Notwendiger Mentalitätswandel	8
Wirtschaftliche Anpassungs- und Erneuerungsstrategien	9
Grenzen des Investivlohns	9
Sinnkrise des Föderalismus	10
Zentralisierungstendenzen umkehren	11
Regionalisierung verstärkt Ungleichgewichte	12
Entsolidarisierung und Polarisierung	13
Inkonsequent und verlogen	13
Wettbewerbsföderalismus fördern	14
Reform der sozialen Sicherung	15
Anpassung zu Lasten der Schwächeren	17
Der Wohlfahrtsstaat frißt seine Kinder	19
<i>Zukunft der Arbeit:</i>	
<b>Weniger Arbeit - mehr vom Leben?</b>	21
Mit dem Kombilohn zu weniger Arbeitslosen	22
Arbeit umverteilen mit intelligenten Arbeitszeitmodellen	23
<b>Zeitung in der Schule</b>	24
<b>Talkshows: Hauptsache peinlich?</b>	25
<i>Der SED-Staat:</i>	
<b>Analysen und Zeugen der zweiten deutschen Diktatur</b>	27
<b>22 Staaten in der Akademie vertreten</b>	31
<b>Namen und Nachrichten aus der Akademie</b>	31
<b>Jugendbeteiligung darf keine Spielwiese sein</b>	32
<b>Nachbar Tschechien - Geschichte und Zukunft</b>	34
<i>Themen - Tagungen - Termine</i>	36
<i>Förderkreis der Akademie</i>	40
<i>Zeitungs-Echo - Medienstimmen - Pressesplitter</i>	41
<i>Anmeldeformular</i>	44

*Direktor der Akademie:*  
Prof. Dr. Heinrich **Oberreuter**  
*Vorsitzender des Kuratoriums:*  
Prof. Dr. Hans **Maier**  
*Vorsitzender des Beirats:*  
Siegfried **Kett**

#### *Kollegium:*

Dr. Horst **Denzer**, Dozent  
Grundsatzfragen von Staat und Politik,  
Internat. Politik

Gebhard **Diemer**, M.A., Dozent  
Internat. Politik, Pol. Ideengeschichte

Klaus **Grosch**  
Internat. Politik, Landeskunde,  
Erwachsenenbildung

Dr. Peter **Hampe**, Dozent  
Wirtschafts- und Sozialpolitik

Dr. Uwe **Kranenpohl**  
Pers. Referent des Direktors  
Parlamentarismus- und Partelen-  
forschung

Jürgen **Maruhn**, Dipl. Volkswirt  
Parteiendemokratie, Extremismus,  
Sicherheitspolitik

Dr. Michael **Plazolo**, Dozent  
Europapolitik, Staats- und Verfas-  
sungsrecht, Rechtspolitik

Dr. Michael **Schröder**, Dozent  
Medien, Kommunikationspolitik,  
Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Jürgen **Weber**, Dozent  
Politikwissenschaft, Zeitgeschichte

Karl-Heinz **Willenborg**  
Gesellschaft und Umwelt

#### *Organisationsreferat:*

Elke **Leisching**  
Dipl.-Betriebswirtin (VWA)

#### **Akademie-Report**

Herausgeber:

Akademie für politische Bildung  
Buchensee 1 82323 Tutzing  
Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14

Redaktion:

Prof. Dr.Dr.hc. Heinrich Oberreuter  
(verantw.)

Dr. Michael Schröder  
(Redaktion und Gestaltung)

Mitarbeit / Layout: Karin Sittkus

Druck:

Offsetdruck Schwarz GmbH  
Rohrauerstraße 70 81477 München

Der Akademie-Report wird kostenlos  
abgegeben

## Zukunftskommission:

# Ergebnisse auf dem Prüfstand

Ende des Jahres 1997 hat die Zukunftskommission der Freistaaten Sachsen und Bayern ihren Abschlußbericht vorgelegt. Darin hat sie insbesondere zwei Strategien zur Lösung der Arbeitsmarktprobleme empfohlen: einerseits die wirtschaftliche und gesellschaftliche Erneuerung, andererseits Anpassungen an die Bedeutungsverminderung der Erwerbsarbeit. Die Vorschläge haben erhebliche Resonanz, Zustimmung und Kritik ausgelöst. Einzelne Rezensenten halten sie schlicht für "revolutionär", andere für "reaktionär". Erste Versuche und Ansätze der politischen Umsetzung sind bereits erkennbar.

Im Frühjahr 1998 versammelten sich auf Einladung der Akademie Kommissionsmitglieder in Tutzing, um mit Vertretern der Politik, der Wirtschaft und der Wissenschaft die Thesen und Empfehlungen in einem kritischen Dialog auf den Prüfstand zu stellen. Wir dokumentieren einen Teil der Beiträge in gekürzter und redigierter Form.

### Mitglieder der Zukunftskommission:

Prof. Dr. Ulrich Beck  
Roland Berger  
Prof. Dr. Ulrich Blum  
Johannes Gross  
Prof. Dr. Herbert Henzler  
Prof. Dr. Meinhard Miegel  
Dr. Georg Obermeier  
Prof. Dr. Dr.h.c. Heinrich Oberreuter  
Dr. Etta Schiller

## Von der Arbeitsmarktkrise zur Vision einer unternehmerischen Wissensgesellschaft

### Die Leitideen der bayerisch-sächsischen Zukunftskommission

Von Prof. Dr. Meinhard Miegel

Wenn ich über Perspektiven des deutschen Arbeitsmarktes spreche, könnte ich nach landesüblicher Manier damit beginnen, die Hände zu ringen und über den Skandal der Massenarbeitslosigkeit zu wehklagen. Ich werde das alles nicht tun, weil die Diskussion nach meiner Auffassung zu oberflächlich, wenig konstruktiv und weitgehend unproduktiv ist. Ich möchte meinen Beitrag dazu leisten, daß die deutsche Gesellschaft aus jenem Hamsterlaufrädchen springt, in dem sie seit einer Generation zunehmend sinnlos im Kreise läuft, und die Wirklichkeit annimmt, wie sie ist.

### Keine Parallele zur Weltwirtschaftskrise

Wenn dieses Land weiterkommen soll, muß das Denken seiner Bevölkerung erneuert werden. Das alte Denken hat, das beweist die Wirklichkeit, ausgedient. Das gilt ganz besonders für den Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosigkeit ist in Deutschland wie in allen ähnlich entwickelten Ländern im historischen Vergleich hoch, höher als sie jemals seit 1950 war. Dennoch halte ich es für völlig verfehlt, auch nur andeu-

tungsweise Parallelen zum Beschäftigungs- oder vielmehr Nicht-Beschäftigungsdrama während der Weltwirtschaftskrise zu ziehen. Damals, Anfang der dreißiger Jahre, war ein Drit-



Prof. Dr. Meinhard Miegel

tel der Erwerbsbevölkerung ohne Arbeit und damit nicht selten ganz buchstäblich ohne Brot. Die damals Arbeitslosen und ihre Familien litten physisch Not. Sie hungerten und froren. Heute ist in Westdeutschland ein Zehntel und in Ostdeutschland knapp ein Fünftel ohne Arbeit. Ohne Brot ist

keiner. Die meisten Arbeitslosen Haushalte haben einen Lebensstandard, der deutlich höher ist als der von durchschnittlichen Arbeitnehmerhaushalten in den sechziger Jahren. Lassen wir das Gerede von Weimar. Historisch betrachtet war im übrigen Arbeitslosigkeit die Regel und Vollbeschäftigung die Ausnahme.

### Bedeutung der Demographie

Das kann und darf uns aber nicht davon abhalten, die Ursachen der derzeitigen Beschäftigungskrise aufzudecken und Maßnahmen zu ihrer Überwindung zu ergreifen. Bei den Ursachen ist zunächst die Bedeutung der Demographie anzusprechen. War der Erwerbsfähigenanteil während der jüngst zurückliegenden Phase der Vollbeschäftigung außergewöhnlich gering, so stieg er bis zur zweiten Hälfte der achtziger Jahre auf bis dahin nie erreichte Höhen. Seitdem hat er sich wieder etwas zurückgebildet, doch ist er mit 68 Prozent im historischen Vergleich noch immer hoch. Dabei stieg die Erwerbsbeteiligung von Frauen seit Anfang der siebziger

Jahre deutlich an, doch in gleichem Maße sank die der Männer. Ganz anders verlief die Entwicklung in der DDR.

Als weitere Besonderheit ist zu erwähnen, daß wir uns den Luxus erlauben, Jahr für Jahr für Saison- und ähnliche Arbeiten rund eine Million Sondergenehmigungen an Nicht-EU-Ausländer zu erteilen. Zum Teil hat sich Deutschland hierzu, beispielsweise gegenüber Polen, vertraglich verpflichtet. Zum weitaus größeren Teil finden sich jedoch für diese Arbeiten weder Deutsche noch hier ansässige ausländische Erwerbspersonen. Gurken zu ernten oder Wein zu lesen, Schnee zu schippen oder in Kurbädern Wannen zu schrubben, betrachten nicht wenige hierzulande unter ihrer Würde. Dann - so eine nicht ganz seltene Einstellung - bin ich lieber arbeitslos.

Diese Faktoren erklären zusammen mit den demographischen und soziokulturellen etwa die Hälfte der derzeitigen Arbeitslosenquote. Bleibt die andere Hälfte, vor allem aber jener Schwund von dauerhafter Vollzeitbeschäftigung, der aus meiner Sicht mindestens ebenso alarmierend ist wie die so breit plaktierte Arbeitslosigkeit. Sie zu erklären ist etwas schwieriger. Voraussetzung ist ein Blick auf unsere menschliche Natur, unsere Kultur und Geschichte.

## Haßliebe zur Arbeit

Von Natur aus hatte der Mensch immer ein zwiespältiges, um nicht zu sagen widersprüchliches Verhältnis zur Arbeit. Erst mit seiner Vertreibung aus dem Paradies ab der Mensch sein Brot im Schweiß seines Angesichtes. Im Paradies hatte er nicht gearbeitet. Daher bedurfte es außerordentlicher kultureller und zivilisatorischer Anstrengungen, um Menschen zur Erwerbsarbeit im heutigen Sinne zu bringen. Meilensteine auf diesem Wege waren das benediktinische „ora et labora“, die protestantische Rechenhaftigkeit und die mit ihr verknüpfte Arbeitsethik. Doch trotz aller Anstrengungen: Die übergroße Mehrheit der Bevölkerung empfindet gegenüber Arbeit unverändert Haßliebe. Einerseits kann sie ohne Arbeit nicht leben. Sie ist ihre wichtigste Wohlstandsquelle. Andererseits strebt sie stets danach,

Menge und Last der Arbeit zu vermindern. In diesem Streben wurde sie immer entschlossener. So lange ist es noch nicht her, als ein herziges Kind auf westdeutschen Litfaßsäulen seine Ärmchen ausstreckte und krächte: „Samstags gehört Papi mir“. Die 42-, 40-, 38- oder 35-Stunden-Woche wurde der Erwerbsbevölkerung nicht aufgezwungen, sondern sie war gewollt und hochwillkommen. Das gleiche gilt für immer längere Urlaubszeiten und einen immer früheren Ruhestand. Da-

er: Sie suchen Einkommen, soziale Anbindung, vielleicht noch gesellschaftliches Ansehen. Ist das gewährleistet, sind die allermeisten zufrieden. Das zeigt sich jeden Tag aufs Neue. Wenn erst einmal ein Arbeitsplatz ergattert ist, setzen die meisten sogleich alle Hebel in Bewegung, um die mit ihm einhergehende Arbeit auf das unvermeidbare Mindestmaß zu beschränken. Oder warum klagen so viele Arbeitnehmer über Arbeitsunlust, werden Arbeitnehmer - wenn nicht



Graphik: Globus 4253

bei ist ein Ende dieses Trends nicht abzusehen. Bis heute erklären große Teile der Erwerbsbevölkerung, sie würden gerne noch weniger arbeiten. Nur in der Freizeit entfalteteten sie sich ganz. Die schönste Zeit des Jahres sei nun einmal der Urlaub. Nein, von einer Minderheit abgesehen, reißen sich Menschen nicht nach Arbeit. Jenes „Arbeit, Arbeit, Arbeit“, das heute an allen Straßenecken aufgepflanzt ist, weist in die Irre.

## Menschen suchen Einkommen

Was die Menschen in Wahrheit suchen, ist nämlich nicht Arbeit, sondern etwas qualitativ ganz anderes: Sie suchen einen Arbeitsplatz. Oder genau-

gerade der Verlust des Arbeitsplatzes droht - um ein mehrfaches häufiger „krank“ als Selbständige, werden in Unternehmen ständig neue Motivationsstrategien entwickelt. Oder warum ist der Anteil Selbständiger so klein? Selbständige sind Menschen, die zumindest für sich selbst, zumeist aber auch noch für andere, Arbeitsplätze schaffen. Ganz offensichtlich ist das Mühe und Plage, sprich Arbeit. Die Mehrheit erklärt - das zeigt wiederum die Demoskopie: Selbständigkeit ist zu risikoreich und anstrengend. Bereitwilligst überlassen sie die Arbeit der Schaffung von Arbeitsplätzen anderen, was sie allerdings dann nicht daran hindert, solche Plätze lautstark zu fordern.

Es stimmt schon: Die Glücksformel - sollte es so etwas geben - lautet nicht: mehr Arbeit, sondern mehr Wohlstand bei möglichst wenig Arbeit. Um dieses Ziel zu erreichen, gibt es nur eines: die Steigerung der Produktivität. Was aber ist Steigerung der Produktivität? Mehr Arbeit? Wohl kaum. Vielmehr wird weniger produktive Arbeit wo irgend möglich durch produktiveres Wissen und Kapital ersetzt. Das zeigt die Geschichte. Das zeigen die Zahlen: Um Güter und Dienste im Werte von einer Million DM zu erzeugen, mußten 1960 26 Arbeitskräfte tätig

werden, die sich auf einen Kapitalstock - Gebäude, Maschinen, Patente, Lizenzen und dergleichen - von 3,7 Millionen DM stützten. Das war pro Arbeitskraft ein Kapitaleinsatz von 143.000 DM. Inflationsbereinigt wurden 1996 zur Erzeugung von Gütern und Diensten von ebenfalls einer Million DM nur noch 11 Arbeitskräfte benötigt. Doch stand ihnen ein Kapitalstock von 5,2 Millionen DM zur Verfügung, pro Arbeitskraft also das 3,3fache. Die Wirkungen dieses steil ansteigenden Kapital- und mit ihm einhergehenden Wissenseinsatzes waren und sind spektakulär. So sank in Westdeutschland das Arbeitsvolumen - das sind die jährlich von allen Erwerbstätigen effektiv geleisteten Arbeitsstunden - seit 1995 pro Kopf der Bevölkerung um 43 Prozent, das heißt es halbierte sich annähernd. Das war gewollt. Das war gesellschaftlicher Fortschritt. Allerdings unterlief bei diesem gewollten Abschmelzen des Arbeitsvolumens ein folgenreicher Fehler. Die Gesellschaft übersah nämlich, daß die Erwerbsarbeit in einer Arbeitsgesellschaft eine Doppelfunktion hat, daß sie sowohl Produktiv- als auch Verteilungsfaktor ist. Mit seiner Arbeit schafft der Erwerbstätige Werte, und zugleich wird er durch sie an der Wertschöpfung aller beteiligt. Mit der Produktivitätssteigerung sollte die Arbeit als Produktivfaktor an Bedeutung verlieren, denn der Produktivitätsanstieg beruht seit langem im wesentlichen auf dem Wissens- und Kapitaleinsatz weniger. Durch ihn schoß die Produktivität nach oben, wurden

aus Arbeitsplätzen Plätze der Wertschöpfung. Diese Entwicklung spiegelt sich in dem scheinbaren Paradox wider, daß häufig dann, wenn Unternehmen in größerem Umfang Entlassungen vornehmen, ihre Börsennotierungen steigen. Wen das empört, der hat nichts begriffen. Denn mit diesen

**„Mit real sinkenden Nettoarbeitslöhnen sinkt auch die Kaufkraft der Renten. Die westdeutschen Rentner haben schon seit einiger Zeit weniger in der Tasche als vor Jahren, die ostdeutschen Rentner bewegen sich seit diesem Jahr in die gleiche Richtung. Und das bei durchaus stattlichem Wirtschaftswachstum!“**

Entlassungen gehen ja in der Regel keine Umsatz- und Gewinneinbußen einher. Im Gegenteil. Aber was das entlassende Unternehmen signalisiert, ist: Bei uns sind Wissen und Kapital so produktiv geworden, daß sie die Arbeit nicht mehr nur unterstützen, sondern ersetzen. Folglich können die Eigentümer von Wissen und Kapital einen größeren Teil der Erträge erhalten.

## Ungleiche Vermögensverteilung

Nun brauchte uns das alles nicht zu beunruhigen, wenn Wissen und Kapital Erwerbsarbeit nicht nur als Produktiv-, sondern auch als Verteilungsfaktor ersetzt hätten. Dann würden mit schmaler werdenden Erwerbseinkommensströmen die Vermögenseinkommen nicht nur bei einer Minderheit, sondern bei der Mehrheit um so kräftiger sprudeln. Mehr Menschen könnten - ganz ihren Neigungen entsprechend - weniger oder unentgeltlich arbeiten und hätten über ihre Vermögenseinkommen dennoch Anteil an der steigenden Produktivität wissensgeladenen Kapitals.

Hätten. Denn in West und Ost wurde die Vermögensbildung breiter Bevölkerungsschichten entweder auf den Eigenheimbau beschränkt oder ganz unterlassen. Die Vermögensverteilung ist deshalb heute ungleicher als vor 25 Jahren, weshalb zwangsläufig auch die Vermögenseinkommen immer ungleicher fließen. Eine besonders unheilvolle Rolle spielte hierbei die Organi-

sation der sozialen Sicherungssysteme, durch die seit Jahrzehnten die Vermögensbildungskapazität von Durchschnittsverdienern weitgehend absorbiert wird, ohne daß jemals Vermögen entstünden, die Zins und Zinsezins hervorbringen.

Das derzeitige umlagefinanzierte System der gesetzlichen Alterssicherung - um nur das wichtigste zu nennen - wurde geboren aus der besonderen Notlage der Nachkriegszeit. Dieser Notbau hätte Zug um Zug ersetzt werden müssen durch eine zumindest teilweise kapitalfun-

dierte Alterssicherung. Geistige Trägheit und ideologische Fixierung haben das verhindert. Die Folgen rechnet uns das Statistische Bundesamt vor: Mit real sinkenden Nettoarbeitslöhnen sinkt auch die Kaufkraft der Renten. Die westdeutschen Rentner haben schon seit einiger Zeit weniger in der Tasche als vor Jahren, die ostdeutschen Rentner bewegen sich seit diesem Jahr in die gleiche Richtung. Und das bei durchaus stattlichem Wirtschaftswachstum! Doch selbst wenn hier die Weichen unverzüglich neu gestellt werden, dauert es Jahre und Jahrzehnte, ehe die Folgen der Fehler der Vergangenheit überwunden sein werden. Bis dahin werden nicht unbedeutende Teile der Erwerbsbevölkerung den Bedeutungsrückgang von Erwerbsarbeit im produktiven, weil wissens- und kapitalintensiven Bereich der Volkswirtschaft zu spüren bekommen. Das heißt ungeschminkt: Der Lebensstandard wird zunächst sinken, ehe er - auf längere Sicht - wieder steigen und dann sehr wahrscheinlich höher sein wird als er heute ist und gestern war. Das jedenfalls sind die historischen Erfahrungen, die im Zusammenhang mit der Veränderung von Produktionsweisen gesammelt werden konnten, wie sie auch jetzt anstehen, und das sind die derzeitigen internationalen Erfahrungen. Wo immer die Beschäftigungslage im Vergleich zu Deutschland deutlich besser ist, ist der Preis hierfür eine Verminderung der verfügbaren Haushaltseinkommen mehr oder minder großer Bevölkerungskreise.

## Modell der Niederlande

Die Gründe hierfür sind nicht nur einsichtig, sondern zwingend. Denn entweder teilen sich bestimmte Gruppen der Erwerbsbevölkerung in das seit Generationen schrumpfende Volumen jener hoch produktiven und attraktiven, weil in aller Regel wissens- und kapitalintensiveren Erwerbsarbeit, ohne die Kosten ihrer Arbeit zu erhöhen, das heißt, sie vermindern ihre individuelle Arbeitszeit ohne Lohnausgleich. Das ist, grob skizziert, das Beschäftigungsmodell der Niederlande, wo binnen kürzester Zeit die jährliche Arbeitszeit pro Erwerbstätigen von rund 1.500 auf 1.300 Stunden gesenkt und annähernd die Hälfte der Erwerbsbevölkerung in Nicht-Normarbeitsverhältnisse überführt wurde. Oder Teile der Erwerbsbevölkerung akzeptieren stärker als bisher niedrig produktive und daher oft gering entlohnte Tätigkeiten. Das ist - ebenso grob skizziert - das amerikanische Modell. Selbstverständlich können auch beide Vorgehensweisen miteinander verschränkt werden. Aber auch das würde nichts daran ändern, daß die Erwerbseinkommen eines erheblichen Bevölkerungsteils abnehmen.

Nun ist das noch kein Argument gegen diese Strategien, zumal gering entlohnte Arbeit noch immer besser sein kann als gar keine, und es darüber hinaus möglich ist, allzu schmerzliche Einkommenseinbußen durch öffentliche Transfers zu mildern. Doch möchte ich auch hier keine trügerischen Hoffnungen wecken. Alle Transfers sind nämlich letztlich aus der Wertschöpfung von Wissen, Kapital und Arbeit zu finanzieren. Auf einem Weltkapitalmarkt - und der ist für mich die wichtigste Konsequenz der Globalisierung - wird es jedoch äußerst schwer sein, den Kapitaleignern in die Tasche zu greifen. Und auch der Faktor Arbeit könnte sich durch seine politische Stimmkraft erfolgreich hiergegen zur Wehr setzen. Entsprechende internationale Erfahrungen gibt es in Fülle.

Damit bleibt als Fazit: Die Herausforderungen des Arbeitsmarktes, die auf einen überdurchschnittlich hohen Erwerbsfähigenanteil zurückzuführen sind, haben ihren Zenit überschritten.

Das kann zu gewissen Entlastungen beitragen. Weniger klar ist die Entwicklung der Erwerbsbeteiligung. Die Erwerbsbeteiligung von Frauen, insbesondere westdeutscher, dürfte weiter steigen. Ob die der Männer entsprechend sinken wird, ist ungewiß.

**„Mehr Menschen als bisher als Unternehmer Ihrer Arbeitskraft und Daseinsvorsorge - diese Vorstellung dürfte heute noch viele erschrecken. Die einen hat ein vormundschaftlicher Staat der Eigenverantwortung entwöhnt, die anderen wurden durch eben diese Vormundschaft daran gehindert, Eigenverantwortung zu erlernen. Der Staat hat damit Schuld auf sich geladen.“**

Beschäftigungsfördernde Impulse könnten von der weiteren Zunahme von Nicht-Normarbeitsverhältnissen ausgehen. Dem historischen und internationalen Trend zufolge wird in spätestens einem Jahrzehnt etwa die Hälfte

te aller abhängig Beschäftigten flokige Tätigkeiten ausüben. Diese Tätigkeiten brauchen durchaus nicht geringwertig zu sein. Nur erfordern sie von der Erwerbsbevölkerung, wenn diese die Möglichkeiten von Nicht-Normarbeitsverhältnissen voll nutzen

will, die Aktivierung verkümmerter Fähigkeiten - unternehmerischer Fähigkeiten.

In der Aktivierung derartiger Fähigkeiten liegt für mich die hoffnungsvollste Zukunftsperspektive nicht nur des Arbeitsmarktes, sondern der Gesellschaft überhaupt. Mehr Menschen als bisher als Unternehmer ihrer Arbeitskraft und Daseinsvorsorge - diese Vorstellung dürfte heute noch viele erschrecken.

Die einen hat ein vormundschaftlicher Staat der Eigenverantwortung entwöhnt, die anderen wurden durch eben diese Vormundschaft daran gehindert, Eigenverantwortung zu erlernen. Der Staat hat damit Schuld auf sich geladen.



Karikatur: Tomaschoff

Denn individuelle Verantwortung für alles, was die Kräfte des einzelnen nicht überfordert - und das ist mehr als sich die meisten vorstellen können - ist die wichtigste Quelle für Selbstverwirklichung und -entfaltung.

Diese Quelle wurde weitgehend verschüttet. Ist dieser Schutt beiseite geräumt, werden jedoch viele nach einer Phase der Unsicherheit die Übernahme von Eigenverantwortung als Gewinn empfinden.

## Reformstau

Darüber hinaus sind institutionelle Rahmenbedingungen zu verändern, zuvorderst die sozialen Sicherungssysteme. Diese Systeme, allen voran die gesetzliche Alterssicherung, waren gut gemeint und haben generationenlang ihre Aufgabe erfüllt. Aber sie stammen aus einer Zeit, in der die Erwerbsarbeit der Dreh- und Angelpunkt gesellschaftlicher und individueller Wertschöpfung war - mehr noch: im Mittelpunkt gesellschaftlicher und individueller Existenz stand. Diese Zeit ist vorüber, und damit ist auch die Organisation dieser Systeme überholt. Auch hier gilt es Mißverständnissen vorzubeugen. Soziale Sicherheit ist weiterhin gesellschaftlich zu organisieren. Nur muß sich ihre Organisationsform den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen anpassen. Das ist seit einem Jahrhundert nur ganz unzulänglich geschehen. Entsprechend groß ist der Reformstau.

Zugleich ist die Reorganisation der sozialen Sicherungssysteme, an ihrer Spitze wiederum die gesetzliche Alterssicherung, die unverzichtbare Voraussetzung für die dringend gebotene Vermögensoffensive. Seit langem absorbieren die sozialen Sicherungssysteme die Vermögensbildungsfähigkeit durchschnittlicher Einkommensbezieher. An sich haben diese das Potential, Millionenvermögen zu schaffen. Doch sie werden durch die bestehenden Systeme daran gehindert. Das heißt nicht, daß diese Systeme ersatzlos gestrichen werden könnten oder sollten. Aber sie sind so zu dimensionieren, daß sie den veränderten Lebensbedingungen der Bevölkerung gerecht werden. Welchen Sinn soll es haben, wenn der Staat die Bürger zwingt,

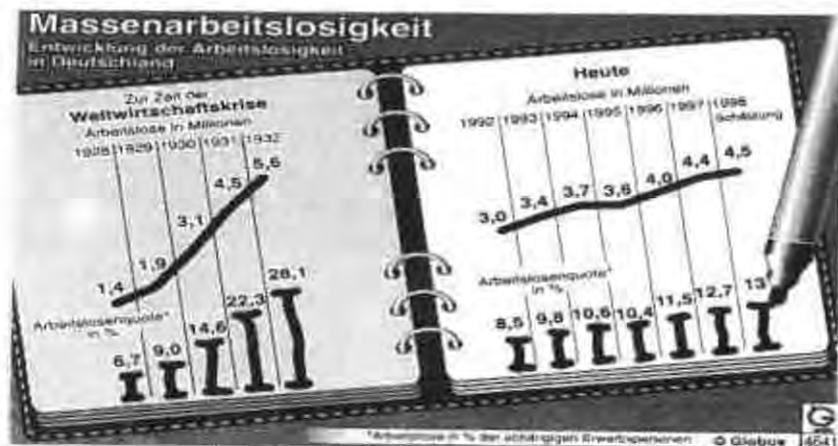
einen Lebensstandard, der mit einem Jahreseinkommen von rund 200.000 DM einhergeht, von Gesetzes wegen zu „versichern“? Er maßt sich hier eine Rolle an, die ihm nicht zukommt.

Weiter ist das große Feld einfacher, personenbezogener Dienste zu erschließen. Das soll nicht heißen, daß Eigenarbeit um jeden Preis zu kommerzialisieren und über den Markt abzuwickeln ist. Wer vergnüglich zu Hause gefrühstückt hat, braucht auf dem Wege zur Arbeit nicht mehr zu einer Imbißbude zu eilen. Umgekehrt ist es aber auch verfehlt, Angebot und Nachfrage nach einfachen, personenbezogenen Diensten zu stigmatisieren.

Empfänger von Sozialhilfe nicht zu gemeinwohlorientierten Tätigkeiten eingesetzt werden. Was hindert uns daran?

## Schwarzarbeit als Krankheitssymptom

Und schließlich ein Wort zur Schwarzarbeit, durch die mittlerweile rund ein Siebtel unseres Wohlstands geschaffen wird. Sie ist, und damit sage ich zum letzten Mal etwas gesellschaftlich Unschickliches, keine Krankheit, wohl aber das Symptom einer solchen. Die Krankheit ist die historisch überholte Befrachtung der Erwerbsarbeit mit den



Graphik: Globus 4641

Noch schämen sich - so die Demoskopie - viele Deutsche, anderen die Koffer zu tragen oder sie sich tragen zu lassen. Das muß nicht sein. Einkommen müssen fließen und wie sollen sie anders fließen als von den wirtschaftlich Stärkeren zu den wirtschaftlich Schwächeren. Solche Dienste anzubieten und nachzufragen ist allemal sozialer als immer nur „Arbeit, Arbeit, Arbeit“ zu rufen.

Ferner ist bei den Arbeitslosen die Spreu vom Weizen zu trennen. Wer nicht arbeiten kann oder will, ist nicht arbeitslos. Die wirkliche Arbeitslosigkeit bemißt sich nicht zuletzt an der Zahl offener Stellen, für die sich in Deutschland jedes Jahr aufs Neue keine Arbeitskräfte finden. Solange es solche Stellen gibt, stimmt etwas nicht mit der individuellen und kollektiven Wahrnehmung von Arbeitslosigkeit. Gleiches gilt, wenn Empfänger von Arbeitslosenhilfe und erwerbsfähige

Kosten des Sozialstaats. In einer modernen Volkswirtschaft gehören diese Kosten hier nicht hin. Sie sind zu vermindern und dann durch den Konsum zu finanzieren.

Das mündet ein in eine zusammenfassende Feststellung: Nehmen wir die tiefgreifenden Veränderungen von Produktionsweisen und Lebenswelten wahr und an, dann werden wir sehen: Die Probleme des Arbeitsmarktes sind ausnahmslos Probleme, die wir durch unser bisheriges Verhalten geschaffen haben.

Gerade deshalb können wir sie aber auch lösen. Wir, die Menschen dieses Landes, müssen nur wollen. Wer hier immer nach dem Staat ruft oder die Probleme des Arbeitsmarktes in die Hände weniger zu legen sucht, macht es sich entschieden zu einfach. Oder genauer: Er hat die Wirkweisen einer freiheitlichen, demokratischen Gesellschaft nicht verstanden. ■

# Notwendiger Mentalitätswandel

von Volker Wörl, Wirtschaftsjournalist, Süddeutsche Zeitung

Wir stehen mit der Krise unseres Sozialstaats, mit der Problematik der Globalisierung, mit der Einführung des Euro, mit den immer drängender werdenden ökologischen Fragen vor ganz neuen Herausforderungen - aber wir denken ständig in alten Rezepten.



**Volker Wörl: „Heilung des Standorts Deutschland muß ein kulturelles Programm sein“**

Das Gespräch über Deutschland, über den Standort Deutschland, erinnert mich an ein Gespräch unter Gehörlosen. Man redet weitgehend aneinander und am Kern der Probleme vorbei. In diesem Kern sehe ich auch das, was sich für mein Verständnis hinter dem Begriff Mentalitätswandel verbirgt. Damit setzen sich fast nur noch intellektuelle Zirkel, Akademien, wie hier und heute, ab und zu einmal auch Politiker in Festreden auseinander, wie zum Beispiel Bundespräsident Roman Herzog in seiner berühmten Adlon-Rede vergangenes Jahr in Berlin. Auch die Arbeiten der Kommission für Zukunftsfragen zielen in diese Richtung. Unsere Standortdiskussion wird zu negativ geführt. Über belastende Faktoren ist man sich weithin einig. Über positive Faktoren wird - oder besser gesagt - wurde in der Vergangenheit kaum mehr gesprochen. Die gibt es in Fülle: Unsere überdurchschnittlich ausgebildete Infrastruktur in Verkehr

und Nachrichtenwesen, eine funktionierende (wenn auch eben zu bürokratische) Verwaltung. Im Herzen Europas gelegen ist Deutschland geradezu prädestiniert als Brückenkopf für die riesigen hungrigen, aber noch viel zu wenig kaufkräftigen Märkte im Osten.

## Gerechtigkeitsdefizite

Die Qualität der deutschen Facharbeiter wird zu Recht gerühmt, die Produktivität ist hoch, Rückstände in Spitzentechniken sind weitgehend aufgeholt.

Die Heilung des Standorts Deutschland kann nicht allein ein ökonomischer Prozeß bringen, sie muß ein kulturelles Programm sein. Wenn ich hier von Kultur spreche, dann meine ich die Wendung zum Besseren hin. Insofern ist auch der in unserem Lande notwendige Wandel zu mehr Selbstbewusstsein, Optimismus und Innovationsbereitschaft ein kulturelles Programm. Es verlangt die Bereitschaft, für Veränderungen und für Neues offen zu sein, gleichzeitig aber zu bewahren, was sich bewährt hat und für Lebensqualität sorgt. Das kann dann auch dahinführen, daß man über einfache klassische Werte neu nachdenkt. Was kann denn verbindlicher sein, als ein öffentliches Bewußtsein, das sich an den Tugenden Zuverlässigkeit, Fleiß, Ehrlichkeit orientiert oder an den klassischen Werten wie Gerechtigkeit, Maß oder Mut. Dies wäre für mich ein wichtiger Teil des geforderten Mentalitätswandels.

Halten wir uns einmal bei der Tugend Gerechtigkeit auf. Gerechtigkeitsdefizite gibt es in unserer Gesellschaft in Fülle. Aber natürlich ist es nicht mit verbalen Bekenntnissen zu mehr Gerechtigkeit getan. Die Not beginnt ja oft schon beim Begriff. Was heißt denn eigentlich Gerechtigkeit? Nach einer mehr als 1500 Jahre alten Definition heißt es, jedem das Seine zu geben - "sum cuique tribuere". Was aber ist das Seine? Das kann nicht eine einzelne Interessengruppe definieren. Im Prinzip könnte sich diese Gesellschaft über vieles einigen, was not-

wendig ist. Aber wenn es an die Realisierung geht, dann wird mit dem Blick auf die eigenen Interessen gemauert. Wenn und weil das so ist, müssen wir unsere Gesellschaft mit ihren Funktionsmechanismen so organisieren, daß das als notwendig Erkante individuelle Vorteile erbringt. Ganz deutlich ist dies ja in den Auseinandersetzungen über die Regelkreise der Ökologie. Es muß in die Köpfe hinein, daß der Preis für saubere Luft kein Opfer ist, sondern ein Akt der Vernunft. Und ganz ähnlich ist es mit der Verwirklichung von Gerechtigkeitsregeln in einer Gesellschaft. Sie profitiert davon, letztlich auch materiell.

## Lebenslanges Lernen

Dies zu erkennen ist ein Denkproblem. So wage ich zu sagen, unsere Standortprobleme sind weitgehend Denkprobleme. Das sollte uns animieren, über unser Bildungssystem nachzudenken und darüber, was es vor allem vermitteln soll, nämlich die Fähigkeit fortgesetzten Lernens - so ungewohnt dies auch sein mag - und die Fähigkeit, sich schneller auf veränderte Situationen einzustellen.

Wir werden uns auch auf Verzicht und Einschränkungen einstellen müssen. Und dazu ist Mut notwendig - auch eine der klassischen Tugenden. Mut brauchen Politiker und Parteien, um Privilegien und Mißbrauch abzubauen, den Schwachen ein besseres Leben zu vermitteln, den Nicht-Schwachen aber mehr Verantwortung für ihre Absicherung abzuverlangen. Mut brauchen Unternehmer und Investoren, die sich wachsender internationaler Konkurrenz ausgesetzt sehen.

Wir müssen uns neu mit alten Tugenden auseinandersetzen. Wir brauchen das, was man heute gerne den dritten Sektor nennt - neben Markt und Staat eine sozial aktive Bürgergesellschaft, die mehr Verantwortung übernimmt. Wir müssen bereit sein, an Wertzielen orientiert neue Wege zu gehen. ■

# Wirtschaftliche Anpassungs- und Erneuerungsstrategien

von Prof. Dr. Gerhard Kleinhenz

Direktor des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Nürnberg

Ich möchte der These widersprechen, daß Vollbeschäftigung nicht mehr möglich ist. Seitens der Bundesanstalt für Arbeit hat das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) im Rahmen des „Bündnisses für Arbeit“ zunächst für den Zeitraum von 1996 bis 2000 gezeigt, daß eine Halbierung der Arbeitslosigkeit möglich wäre. Ich würde nach wie vor die Aussage aufrechterhalten, daß die Wiederherstellung eines hohen Beschäftigungsstandes in einem mittelfristigen Zeitraum von acht bis zehn Jahren realisierbar ist. Um eine Größenordnung zu nennen, würde ich sagen, eine Arbeitslosenzahl von unter einer Million.

Dazu braucht es kombinierte Strategien. Ich halte den festgestellten Fundamentaldissens - ob man mit dem sich mindernden Arbeitsvolumen leben muß oder ob es sich ausweiten läßt - für gar nicht so entscheidend. Kurzfristig brauchen wir immer Überlegungen, wie die gegebene Arbeit umzuverteilen ist. Wir brauchen aber auch Strategien, die die Gewinnung von mehr Erwerbsarbeit beinhalten. Hierzu zählt natürlich auch eine zurückhaltende Lohnpolitik. Der Weltmarkt ist heute enorm groß geworden und überall wächst die Arbeit, so daß es auch darauf ankommen wird, welchen Anteil wir dabei für uns abzweigen können.

## Maßnahmenbündel ohne Widerhall

Ich schlage folgenden Grundsatz vor: Wir sollten gesamtwirtschaftlich versuchen, gleichzeitig so viel Produktivitäts- als auch Beschäftigungszuwachs wie möglich zu realisieren. Im Grunde sollte man also nicht den Produktivitätszuwachs zu Lasten der Beschäftigung maximieren, sondern den Produktivitätszuwachs realisieren, den man zur Erhaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit braucht. Über diese Strategie kann man auch weniger Qualifizierte eingliedern.



**Prof. Dr. Gerhard Kleinhenz:**  
*„Mit kombinierten Strategien in 10 Jahren unter 1 Million Arbeitslose“*  
Fotos: Schröder

Die Tatsache, daß unser IAB-Maßnahmenbündel zur Halbierung der Arbeitslosigkeit in der Politik keinen Widerhall gefunden hat, ist angesichts

des Umstandes besonders enttäuschend, daß wir versucht haben, die Lasten, die mit der Anpassung und der Erhöhung der Beschäftigung einhergehen, fair auf die Schultern der gesellschaftlichen Gruppen zu verteilen. Es ist wohl deswegen nicht umgesetzt worden, weil sich die Politik im Rahmen des europäischen Maastricht-Prozesses völlig gefesselt hat, um das Defizit-Kriterium punktgenau zu einem bestimmten Zeitpunkt zu erfüllen. Das war eine politische Güterabwägung. Was die gesellschaftlichen Gruppen betrifft, ist z.B. eine moderate Lohnpolitik betrieben worden, wie das auch der Sachverständigenrat anerkannt hat. Höchstens die Drohung, die im Raume steht, daß es damit jetzt zu Ende sei, wird dem Maßnahmenbündel nicht gerecht. Ich denke aber, wenn wir im Herbst gewählt haben werden - wie immer die Wahl auch ausgehen mag -, wird sich unser politisches System in einer neuen Handlungsfähigkeit wiederfinden. ■

---

## Grenzen des Investivlohns

von Walter Riester

Stellv. Vorsitzender der IG Metall

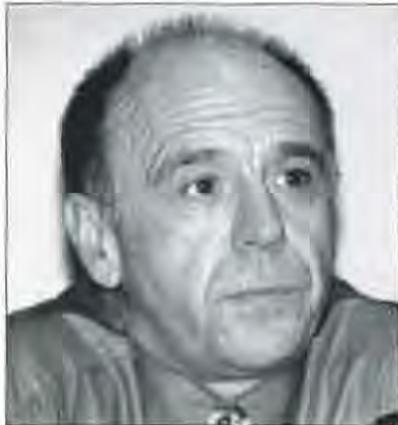
Eine Hauptbotschaft der Kommission halte ich für äußerst hilfreich: Die Erwerbsarbeit, in der uns bekannten Form, wird in einem Umfang reduziert werden, daß sie ihre Aufgaben in dieser Gesellschaft in finanzieller und struktureller Hinsicht in einem hohen Maße nicht mehr wie bisher erfüllen kann. Das Erwerbsarbeitsvolumen lag 1960 bei 54 Mrd. Stunden und liegt heute bei 44 Mrd. Stunden. Interessant ist, daß im gleichen Zeitraum etwa 8 Mio. zusätzliche Erwerbstätige integriert wurden. Bringt man diese Zahlen zusammen, dann wundere ich mich, daß man in der Öffentlichkeit über Arbeitszeitverkürzung diskutiert. Sie vollzieht sich. Die Debatte müßte vielmehr darüber ge-

hen, ob sie sich über den Markt, über massenhafte Nicht-Arbeit, über die Ausweitung prekärer Arbeitsverhältnisse vollzieht oder ob sie systematisch mittels der Tarifpolitik stattfindet.

Die sozialpolitischen Entscheidungen der Bundesregierung - die Möglichkeit, das frühere Herausgleiten aus dem Arbeitsprozeß zu verbauen und gleichzeitig das Rentenzugangsalter auch für Frauen auf 65 anzuheben - bedeuten eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit der Arbeitsplatzinhaber um rund 10 Prozent. Unterstellt man, die These der Kommission vom rückläufigen Erwerbsarbeitsvolumen stimmt, dann heißt das, daß man mindestens 10 Prozent junge Menschen

nicht mehr in den Arbeitsprozeß integrieren kann. Und das ist kein theoretisches Bild. Ein Blick nach Frankreich oder Großbritannien belegt das, denn dort ist die Struktur der Arbeitslosigkeit noch viel schlechter, weil solche Elemente nie existierten.

Zur Vermögensbildung: Insbesondere Investivlohnmodelle haben im Rahmen der Tarifpolitik ihre Grenzen. Ich will den wichtigsten Punkt nennen, um aufzuzeigen, daß wir zum Teil eine abstrakte Diskussion führen. Der Verteilungsrahmen der Tarifpolitik weitet sich nicht dadurch aus, daß man ihn mit der Frage der Vermögensbildung anfüllt, genausowenig wie es sich in der Vergangenheit auf den Verteilungsrahmen ausgewirkt hat, daß man



Walter Riester

die Arbeitszeitverkürzung miteinbezogen hat. Solche Elemente kann man innerhalb des Verteilungsrahmens nur zu Lasten anderer Elemente einbauen. Ich will nicht nur von der aktuellen Situation ausgehen, aber daran kann man es besonders deutlich machen. Wir hatten im letzten Jahr in der Metallindustrie nominale Lohnerhöhungen von eineinhalb Prozent, in diesem Jahr von zweieinhalb Prozent. Will man dort Elemente des Investivlohns abzweigen, dann wäre das nichts anderes als eine Zwangsanleihe, die die Tarifvertragspartei für ihre Mitglieder aushandelt. Und dieses Mandat haben wir von unseren Mitgliedern nicht. Hinzu kommt ein strukturelles Problem, das viel zu wenig diskutiert wird: 80 Prozent der Betriebe in der Metall- und Elektroindustrie - das Handwerk nicht einmal eingerechnet - haben weniger als 20 Beschäftigte. Die Situation stellt sich dort völlig anders dar als bei Aktiengesellschaften,

die solche Investivanlagen zum Teil selbst und ungeachtet der Tarifpolitik einsetzen. Ich möchte damit nur die strukturellen Grenzen einer tarifvertraglichen Vereinbarung aufzeigen. Meine Organisation, die IG Metall, hat derzeit noch einen Beschluß, ertragsbezogene Elemente nicht in die Tarifpolitik mitaufzunehmen. Den-

noch glaube ich - das ist meine persönliche Einschätzung -, daß wir es zunehmend machen werden. Die Ertragsbezogenheit kann in der Zukunft ein Gestaltungselement des Flächen-tarifvertrages sein. Es wird jedoch kein generelles Element werden und kann auch nur sehr differenziert Anwendung finden. ■

## Sinnkrise des Föderalismus

von Prof. Dr. Hans-Wolfgang Arndt  
Universität Mannheim

Der Föderalismus in der Bundesrepublik ist verfassungsfest. Auf legale Weise kann er aufgrund der „Ewigkeitsklausel“ in Art. 79 Abs. 3 GG nicht beseitigt werden. Gleichwohl befindet er sich augenblicklich in einer Sinnkrise. 40 Jahre lang hat er sich schier unaufhaltsam zum *unitarisch-kooperativen Föderalismus* hinbewegt, das heißt zur Vereinheitlichung. Diese Vereinheitlichung steht aber im genauen Gegensatz zum Föderalismusprinzip. Die Staaten sind selbständige Staaten und sollten sich gerade durch Unterschiedlichkeit hervortun. Vor diesem Hintergrund bedarf der Föderalismus in der Bundesrepublik einer neuen und andersgearteten Legitimationsgrundlage. Es gilt, sich Klarheit darüber zu verschaffen, welchen Sinn er überhaupt noch haben kann. Sonst ist er Unitarisierungstendenzen und schleichender Auszehrung schutzlos ausgeliefert.

Der wesentliche Kompetenzbereich der Landtage beschränkt sich heute auf Kultur, Schul- und Hochschulrecht, Polizei- und Gemeinderecht. Das ist nicht allzuviel, verglichen mit anderen föderativen Systemen. Ein Föderalismus, der sich aus Sicht der Bürger vor allem durch eine unterschiedlich gestaffelte Schulferienzeit oder durch eine unterschiedliche Rechtsprechung zur Rechtschreibreform manifestiert, entbehrt seiner Legitimationsgrundlage.

Allen Lehrbüchern ist eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Legitimation des Föderalismus zu entnehmen: Die *zusätzliche Gewaltenteilung*, die sogenannte föderative Bremse. Sie findet im Bundesrat als

Bremser sozusagen ihr Verfassungsorgan. Als Funktion des Föderalismus hat sie in den letzten Jahren viel an Überzeugungskraft verloren. Die Stichworte „gescheiterte Steuerreform“ oder „Rentenreform“ dürften dafür genügen. Gebremst wird heftig, aber nicht aus freiheitssichernden oder sachorientierten Erwägungen heraus. Die gegenwärtige Vollbremsung im Bundesrat läßt vielmehr das staatliche Gesamtwesen insgesamt ins Schleudern geraten. Deshalb sehe ich eine sinnvolle Legitimation des Föderalismus nur noch im sogenannten *Konkurrenz- oder kompetitiven Föderalismus*.

## Übernivellierung

Wozu brauchen wir ein Hochschul- oder ein Beamtenrechtsrahmengesetz durch den Bundesgesetzgeber? Im Sozialrecht sollte es zwar bei bundesrechtlichen Rahmenregelungen bleiben, aber müssen unbedingt bundeseinheitliche Sätze für Sozialhilfe oder Wohnhilfe vorgeschrieben sein? Mein Anliegen wäre, daß mit mehr Einfallsreichtum von kleineren Einheiten mit größeren Kompetenzspielräumen Besseres bewirkt werden könnte. Durch Selbsthilfe läßt sich oftmals mit weniger Geld mehr erreichen. Die Länder werden durch die Systeme des Länderfinanzausgleichs an 99,5 Prozent des bundesdurchschnittlichen Einnahmenniveaus herangeführt, das heißt, die Vereinheitlichung ist nahezu total. Die Bundeszuweisungen sind dabei nicht eingerechnet. Nicht nur Unitarisierung, sondern sogar Übernivellierung kennzeichnen

unser Finanzsystem, weil es einseitig am Prinzip der Gleichheit der Lebensverhältnisse orientiert ist. Ein solches Maß an Gleichheit fordert die Eigenverantwortung ungenügend ein, und steht mit der Grundidee des Föderalismus, der Ungleichheit, in Konflikt.



*Prof. Dr. Hans-Wolfgang Arndt:  
„Leistungsanreize zerstört“*

Die Beispiele der USA und der Schweiz zeigen, daß die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse nicht die ultima ratio des Föderalismus ist. In der Schweiz und in den USA gibt es keinen horizontalen Finanzausgleich, aber vom Bund werden schwächere Gliedstaaten mit gezielten Finanzausgleichsleistungen unterstützt. In beiden Ländern ist es aber unbestritten und wird von den Bürgern akzeptiert, daß Unterschiede in der Finanzkraft der Gliedstaaten als natürliche Folge des föderalen Systems bestehen. Auch in der Bundesrepublik wäre den schwächeren Bundesländern mit gezielten und nicht mit globalen Zuweisungen am besten zu helfen. Das Problematischste am geltenden Länderfinanzausgleich ist, daß er keine Leistungsanreize enthält. Wenn 80 Prozent des überdurchschnittlich Erzielten in den Länderfinanzausgleich fließen, dann lohnen sich Anstrengungen nicht mehr. Das gilt auch für ärmere Länder, da sie automatisch an den Bundesdurchschnitt herangeführt werden. Dieses System zerstört alle Leistungsanreize und wenn sich Leistung nicht mehr lohnt, dann wird alsbald auch nichts mehr geleistet werden. ■

## Zentralisierungstendenzen umkehren

von Prof. Dr. Norbert Berthold, Universität Würzburg

Wir haben im wesentlichen zwei dringende Problembereiche: Zum einen das Problem der Arbeitslosigkeit und zum anderen das Problem eines inhärent-instabilen Sozialstaates. Das zeigt sich vor allem in Krisenzeiten. Was sind die Gründe?

Wir haben eine zunehmende Verwischung von Verantwortung, sowohl auf individuellem als auch auf politischem Gebiet. Unterstellt man diese Grundthese, kommen wir offenkundig zu zwei Problemfeldern: Das ist einmal die Finanzverfassung und zum zweiten die Gestaltung des Systems der sozialen Sicherung. Im Bereich der Finanzverfassung haben wir ganz klar die Tendenz zur Zentralisierung, obwohl wir zunehmend heterogene Präferenzen der Wirtschaftssubjekte feststellen. Die Zentralisierung läßt sich an vielen Punkten ausmachen: Wir haben eine fortschreitende Verlagerung von Kompetenzen zugunsten des Bundes im Zuge der konkurrierenden Gesetzgebung, wir haben eine Erweiterung von Mischfinanzierungen zwischen Bund und Ländern, wir haben ein Verbundsystem bei den Steuern und wir haben mehr als nur einen horizontalen Finanzausgleich. Die gegenwärtige Situation hat mit dem Grundgesetz von 1949 nichts mehr zu tun. Es wurde in sein Gegenteil verkehrt.

Die Gründe für diese Entwicklung liegen im wesentlichen bei den politischen Entscheidungsträgern (insbesondere auf Landesebene!), die gerne versuchen, die Wünsche von Interessengruppen mit Hilfe von Bundesmitteln zu erfüllen. Das Ergebnis ist eine zunehmende Regulierung, meist zugunsten von Interessengruppen, eine starke Sozialgesetzgebung und Steuerkartelle. Diese Dinge schalten den Ideenwettbewerb und den konstitutionellen Wettbewerb in hohem Maße aus. Darüber hinaus haben wir Subventionengesetze und den Finanzausgleich. Dies trägt dazu bei, alle Kosten letztlich auf die Allgemeinheit zu übertragen und die Verantwortung im Bereich der Finanzverfassung zu verwischen. Diese Zentralisierungstendenzen

gilt es wieder umzukehren. Auf dem Arbeitsmarkt stellt sich das selbe Problem: Im Rahmen der Tarifautonomie beeinflussen die Tarifvertragsparteien kraft ihrer Zuständigkeit die Situation auf dem Arbeitsmarkt. Sie versuchen jedoch, diese beschäftigungspolitische Verantwortung abzuladen. Sie nutzen in diesem Zusammenhang den Sozialstaat und wälzen die Verantwortung auf die Allgemeinheit ab. Deshalb denke ich, ist es kein Zufall, daß überall dort, wo hohe Arbeitslosigkeit herrscht, auch ein hoher Zentralisierungsgrad bei der Tarifaufeinandersetzung und ein relativ ausgebauter Sozialstaat existiert. Beides



*Prof. Dr. Norbert Berthold:  
„Grundgesetz ins Gegenteil verkehrt“*

ist notwendig, um den Verlagerungsprozeß auf die Allgemeinheit zu realisieren. Wir brauchen deshalb eine klare Dezentralisierungstendenz auf dem Arbeitsmarkt und im Bereich des Sozialstaates. Der weltwirtschaftliche Strukturwandel, die Globalisierung, zwingt uns in noch viel stärkerem Maße dazu.

Welche Reformmaßnahmen sind zu ergreifen? Wir brauchen einen Konsens darüber, was noch Aufgabe des Staates und was Aufgabe des Marktes ist. Das bedeutet: mehr Privatisierung und mehr Deregulierung, auch im Bereich des Systems der sozialen Sicherung. Die zweite Notwendigkeit ist

eine klare politische Festlegung dessen, wer wofür zuständig ist. Im Prinzip hatten wir das zu Zeiten der Gründung der Bundesrepublik. Die Bundesbank erhielt Zuständigkeit für die Preisniveaustabilität, der Staat für die Bereitstellung öffentlicher Güter und vielleicht auch für soziale Gerechtigkeit und die Tarifvertragsparteien für die Situation auf dem Arbeitsmarkt. Wir brauchen eine Wiedereinführung des wettbewerblichen Föderalismus und wir müssen bei den einzelnen Aus- und Aufgaben sowie den Einnahmen ansetzen. Beispielsweise sollte

**„Wir haben eine fortschreitende Verlagerung von Kompetenzen zugunsten des Bundes im Zuge der konkurrierenden Gesetzgebung, wir haben eine Erweiterung von Mischfinanzierungen zwischen Bund und Ländern, wir haben ein Verbundsystem bei den Steuern und wir haben mehr als nur einen horizontalen Finanzausgleich. Die gegenwärtige Situation hat mit dem Grundgesetz von 1949 nichts mehr zu tun. Es wurde in sein Gegenteil verkehrt.“**

die Arbeitslosenversicherung dergestalt reformiert werden, daß der Bund den Rahmen setzt, die Länder aber bei den drei Komponenten Höhe des Bezugs, Dauer der Leistung und Zumutbarkeitskriterien völlig eigenständig agieren können. Im Falle von Härten könnten die Länder Kredite durch den Bund erhalten, die aber wieder zurückzahlen wären. Das führt uns ganz eindeutig zu einer Reform der Bundesländer, da diese entweder eine bestimmte Größe besitzen müssen, zumindest aber keine monostrukturierte Wirtschaft haben dürfen. Das ist jedoch die Achillesferse der Regionalisierung. ■

## Regionalisierung verstärkt Ungleichgewichte

von Franz Maget

Stellv. Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Im Mittelpunkt der augenblicklichen Diskussion steht häufig leider nicht der Föderalismus, sondern eine Philosophie der Privatisierung und Deregulierung. Über Dezentralisierung und Stärkung der Regionen kann man angesichts der Übertragung von immer mehr Kompetenzen nach Brüssel sicher schon aus Gründen der Identitätsfindung und der politischen Handlungsmöglichkeiten reden. Das entscheidende Problem der derzeitigen Debatte ist aber, daß - ohne im Detail zu prüfen, was im einzelnen machbar ist - die Vorschläge der Zukunftskommission rasch in politisches Handeln umgesetzt werden sollten. Was dort formuliert wurde, ist nun aber sicher kein politisches Drehbuch.

Im Bereich der gesetzlichen Rentenversicherung sehe ich keine realistische Alternative zur Struktur der jetzigen Rentenversicherung. Ich bin aus großer Überzeugung gegen eine Deregulierung und Privatisierung in diesem Bereich. Frau Stamm und ich sind hier wohl weitgehend einer Meinung. Ich glaube jedoch, daß man Organisationsstrukturen regionalisieren kann und muß. Aber in diesem Fall handelt es sich nicht um einen parteipolitischen Dissens, sondern um einen Dissens zwischen Bundes- und Landespolitikern beider großer Parteien. Die Regionalisierung der Beiträge erscheint ohnehin nicht diskussionswürdig.

Bei der Debatte um den Länderfinanzausgleich sollte nicht ausgeblendet werden, daß er erst dreieinhalb Jahre alt ist und auch von den Ländern mitgetragen wurde, die ihn jetzt beklagen. Was die Veränderung in der Reihenfolge der Länder im Zuge des Länderfinanzausgleichs herbeiführt, ist weniger die Folge des horizontalen Ausgleichs, sondern das Ergebnis der Ergänzungszuweisungen durch den Bund. Diese können aber nicht so ohne weiteres miteingerechnet werden, denn die Zuweisungen des Bundes werden nur für ganz bestimmte Auf-



*Franz Maget: „Gegen Privatisierung der Rentenversicherung“*

gaben gewährt, damit z.B. infrastrukturelle Defizite aufgefangen werden können.

### Unlogischer Vorschlag

Wer Regionalisierung sagt, muß konsequenterweise auch die Frage nach den Disparitäten im eigenen Land beantworten können. Wir haben auch in Bayern enorme regionale Unterschiede. Hier war die Landespolitik offenbar auch nicht in der Lage, für strukturschwache Gebiete mehr zu tun. Würde man in Bayern regionalisieren, dann müßte man z.B. in München für die Arbeitslosenversicherung einen Prozentpunkt weniger, in Nürnberg aber drei Prozentpunkte mehr bezahlen. Wenn schon Regionalisierung und Stärkung der Eigenverantwortung angestrebt wird, warum dann nicht konsequent? Es würde Folgen nach ziehen, die keiner will. Wenn man strukturschwache Regionen aber stärken will, macht es doch keinen Sinn, sie durch höhere Beitragssätze zusätzlich zu belasten und Regionen, die ohnehin boomen, durch Entlastungen zu fördern. Wo liegt die Logik dieses Vorschlags? ■

# Entsolidarisierung und Polarisierung

von Prof. Dr. Martin Pfaff, MdB (SPD)

Wie wirkt sich eine Politik der Regionalisierung auf die Räume aus? Eine reine Regionalisierung führt ganz eindeutig zu einer Polarisierung der wirtschaftlichen Tatbestände: Die starken Regionen werden stärker, die schwachen Regionen werden schwächer. Eine Entsolidarisierung und Polarisierung findet statt.

Es ist nicht so, daß wir heute keine Anreize zu wirtschaftlichem Verhalten, zur Schaffung von Arbeitsplätzen oder zur Verbesserung der Infrastruktur in den Regionen hätten. Die Folgen von Arbeitslosigkeit reichen von den sozialen Sicherungssystemen über Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe bis hin zur Sozialhilfe. Und hier sind wir bei den Ländern und Kommunen angelangt. Diese haben sehr wohl ein vitales Interesse daran, möglichst wenig Arbeitslosigkeit in ihrer Region zu erfahren. Aber auch die Notwendigkeit von Investitionszuschüssen an die Krankenhäuser der Länder und Kommunen schafft unmittelbare Anreize zu wirtschaftlichem Verhalten der Länder.

## Marktkräfte reichen nicht

Im Zuge der Regionalisierung werden Investitionen und Arbeitsplätze - das zeigt auch der Bericht der Zukunftskommission sehr deutlich - in Regionen mit niedrigen Beitragssätzen fließen, weil die Lohnnebenkosten dort geringer sind. Zum anderen werden auch die mobilen Arbeitnehmer - das sind in der Regel die Jüngeren und besser Qualifizierten - in die wirtschaftlich dynamischeren Regionen gehen, weil ihnen dort bessere Chancen geboten werden. Die Älteren, die weniger Qualifizierten und die weniger Mobilen bleiben in den stagnierenden Regionen zurück. Dafür gibt es genügend empirische Befunde. Das ist aber nur ein Teil des Polarisierungsprozesses: Auch die Arbeitgeber in den schwächeren Regionen stehen im Wettbewerb und versuchen, über eine Politik der Lohnsenkung wettbewerbs-

fähig zu bleiben. Wir haben hier den klassischen Mechanismus, den G. Myrdal schon vor Jahrzehnten das *Prinzip der kumulativen Kausalität* genannt hat, im Gegensatz zur neoklassischen Theorie, die behauptet, daß die Wanderung der Betriebe in die schwächeren Regionen mit niedrigeren Löhnen und Einkommen und die Wanderung der Arbeitnehmer in die wirtschaftlich stärkeren Regionen im Endeffekt zur Angleichung der Lebensverhältnisse führt. Dies ist in der Empirie immer wieder widerlegt worden. Ich behaupte, Marktkräfte allein reichen nicht aus. Wir müssen durch entsprechende Vorleistungen der öffentlichen Hand für ausgewogene Siedlungsmuster sorgen.

Wohin eine Regionalisierung der Finanzkraft führt, sieht man beispielsweise an den Unterschieden zwischen Städten und Umlandregionen in den USA sehr genau. Was wäre am Ende einer solchen Entwicklung, wie sie die Zukunftskommission fordert, bei uns



Prof. Dr. Martin Pfaff: „Alternativen teurer und ungerechter“

z.B. im Gesundheitsbereich zu erwarten? Wir hätten ein System, das sehr viel teurer und sehr viel ungerechter wäre, das weniger kosteneffektiv und weniger verteilungsgerecht wäre. Daß die soziale Krankenversicherung im Interesse der Schwachen liegt, wird keinen überraschen. Ich behaupte aber, wenn man mittel- und langfristige Wirkungen hinzunimmt, daß der Sozialstaat auch eine rationale Einrichtung für jene ist, die stark sind und hoffen, es noch lange zu bleiben. ■

## Inkonsequent und verlogen

von Bernd Schreyer

Bayerischer Landesvorsitzender B90/Die Grünen

In der Regionalisierungsdebatte sehe ich den ersten Schritt, die Solidarität gegenüber den schwächeren Ländern und gegenüber Ostdeutschland zu beerdigen. Bayern hat lange Zeit die Solidarität selbst erfahren. Beim Länderfinanzausgleich wird argumentiert, Bayern hätte sich selbst am eigenen Schopf aus der Situation herausgezogen und den Strukturwandel geschafft. In diesem Zusammenhang muß aber hinzugefügt werden, daß Bayern von seiner bundespolitischen Verantwortung zusätzlich stark profitiert hat. So hat Franz-Josef Strauß als Verteidigungsminister die Rüstungsindustrie in Bayern versammelt und damit die

Entwicklung vom Agrarstaat zum High-Tech-Standort ermöglicht. Ländern, die aufgrund ihrer ungünstigen Ausgangslage jetzt Probleme mit Werften, Stahl und Kohle haben, kann man doch nicht vorwerfen, sie wollten nicht aus ihrer Krisensituation herauskommen und ihnen die Solidarität entziehen.

Die Diskussion ist zum Teil verlogen: Auf der einen Seite will Bayern Sozialbeiträge regionalisieren, auf der anderen Seite geht im Kurwesen ein Aufschrei durchs Land, wenn in diesem Bereich Einnahmen wegfallen. Im Grunde müßte man auch dort Leistungen regionalisieren. Die Regionen

würden folglich zu Recht fordern, daß Kuren in der Region abgeleistet werden müssen und nicht in Bayern. Weshalb sollten z.B. nicht auch Landwirtschaftssubventionen regionalisiert werden? Bayern, das augenblicklich mit am meisten von den europäischen Subventionen profitiert, müßte, so gesehen, auch seine Landwirtschaft eigenständig tragen. Die Diskussion ist Ausdruck vielfältiger Inkonsequenz: Bei der Geldpolitik z.B. gehen wir in Europa zusammen, aber bei anderen Politikfeldern unterteilen wir wieder bis hin zu den kleinsten Einheiten.

## Eigeninitiative und Selbstverwaltung der Gemeinden stärken

Der Vorschlag einer hälftigen Teilung im Bereich des Länderfinanzausgleichs zwischen Geber- und Nehmerländern als Anreiz für beide, ist zu begrüßen, ebenso die Förderung der Leistungskraft in den Regionen. Vor allem die Kommunen sind immer



**Bernd Schreyer**

mehr ans Gängelband genommen worden. Ihre Selbstverwaltungsmöglichkeiten und ihr Steuerfindungsrecht wurden immer mehr eingeschränkt - gerade auch in Bayern. Eine Stärkung der Eigeninitiative in diesem Bereich ist deshalb sicher wünschenswert. Dort jedoch, wo das gesamte System durch Regionalisierung nicht mehr trägt oder dort, wo es unfair wird, halte ich Regionalisierung für völlig verfehlt. Wir würden etwas zerstören, das sich bewährt hat. Dann würden wir wohl auch wieder den Sozialstaat schätzen lernen, wie er sich ausgehend von der Französischen Revolution in Deutschland und Europa entwickelt hat. ■

## Wettbewerbsföderalismus fördern

von Barbara Stamm, MdL (CSU)

Bayerische Staatsministerin für Arbeit und Sozialordnung

1. Dem Wettbewerb als konstitutivem Element der sozialen Marktwirtschaft verdanken wir unseren hohen Wohlstand.

2. Der Wettbewerbsgedanke ist nicht nur ein wirtschaftliches Prinzip, er ist Triebfeder menschlichen Handelns und von den Vätern des Grundgesetzes als unverrückbare Spielregel im deutschen Föderalismus verankert worden.

3. Wer den Wettbewerbsföderalismus in Frage stellt, stellt die Leistungsfähigkeit unseres politischen Systems in Frage. Wer den Wettbewerbsföderalismus fördert, nutzt die Chancen unseres Systems.

### Leistungskraft auf den Kopf gestellt

4. Föderalismus wird Not leiden, wenn unterschiedliche Entwicklungen durch Ausgleichssysteme so unterdrückt werden, daß die Verantwortlichkeit für Fehlentwicklungen nicht mehr erkennbar ist. Das ist das Problem, das dem Streit um den Länderfinanzausgleich und der Einführung föderaler Strukturen in der Sozialversicherung zugrunde liegt. Beim *Länderfinanzausgleich* wird die Finanz- und Leistungskraft der einzelnen Länder auf den Kopf gestellt. Bayern steht vor Durchführung des Länderfinanzausgleichs, gemessen an der reinen Steuerkraft, an 4. Stelle aller Länder. 1997 zahlte Bayern etwa 3 Mrd. DM in den Länderfinanzausgleich ein. Nach allen Ausgleichsmechanismen steht Bayern in der Finanzkraft pro Einwohner an 16. und letzter Stelle. Bei der *Sozialversicherung* nenne ich nur die bundesweit kalkulierenden Ersatzkassen, die bundesweite Kalkulation der Arbeitslosenversicherung und die automatische Zuweisung von Angestellten an die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte.

5. Wettbewerbsföderalismus unter den Ländern und unter föderal strukturierten Versicherungsträgern muß



**Staatsministerin Barbara Stamm: Ideenwettbewerb kommt allen zugute**

a) durch die Beseitigung leistungshemmender Strukturen,

b) den Erhalt der Solidarität (etwa nach dem Halbteilungsgrundsatz) mit den unverschuldet notleidenden Ländern und Versicherungsträgern und

c) durch die Verankerung eines Überforderungsschutzes für die Leistungserbringer ermöglicht werden.

6. Wir wollen

a) in der Krankenversicherung eine föderale Trägerstruktur mit regionalen Beitragssätzen verwirklichen,

b) in der Arbeitslosenversicherung die Länderzuständigkeit stärken und die demokratische Kontrolle durch die Landtage ermöglichen,

c) in der Rentenversicherung eine Organisationsreform durchführen, die ein Ausbluten der Landesversicherungsanstalten verhindert.

7. Wettbewerb unter den Ländern und den Sozialversicherungsträgern würde die Wirkungen wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen der Länder auf die Sozialversicherung sichtbar machen. Dadurch würde ermöglicht, daß die Erfolge bayerischer Sozialpolitik z.B. durch niedrigere Lohnnebenkosten weitergegeben werden.

8. Nur föderale Strukturen gewährleisten bürgernahe Kontrolle und Erschließung von Leistungsreserven.

Der Wettbewerbsföderalismus schafft mehr Wohlstand für alle. Zum einen machen sich besondere Anstrengungen und Leistungen unmittelbar für die Bürgerinnen und Bürger der Region bezahlt. Zum anderen schafft der Wettbewerbsföderalismus einen Ideenwettbewerb um richtige Lösungen und kommt damit allen zugute. ■



Stefanie Wahl

## Reform der sozialen Sicherung

von Stefanie Wahl, IWG, Bonn  
wissenschaftl. Mitarbeiterin der Kommission

Warum hat sich die Zukunftskommission überhaupt mit der Reform der sozialen Sicherung befaßt? Weil die derzeitige Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme in Deutschland die wirksame Bekämpfung der aktuellen Arbeitsmarktprobleme behindert. Folglich machen die derzeitigen sozialen Sicherungssysteme auch eine erfolgreiche Umsetzung der „Erneuerungs- und Anpassungsstrategie“ der Zukunftskommission unmöglich.

### Individuell gestaltbare Sicherungssysteme

1. In der künftigen unternehmerischen Wissensgesellschaft, in der ein wachsender Teil der Bevölkerung größere Verantwortung für die Organisation seiner Erwerbstätigkeit und damit Existenzsicherung übernimmt, müssen die sozialen Sicherungssysteme sehr unterschiedlichen Lebenslagen angepaßt werden können, d.h. individuell gestaltbar sein. Das sind sie derzeit nicht. Wenn sich die Erwerbsbiographien weiter auffächern, wenn sich während eines Erwerbsfähigenlebens immer häufiger Phasen der traditionellen abhängigen Beschäftigung mit Phasen projektbezogener und damit befristeter Tätigkeit, Selbständigkeit, Erwerbslosigkeit, ehrenamtlichen Engagements oder insbesondere auch der Kindererziehung abwechseln, ist beispielsweise in der gesetzlichen Rentenversicherung weder die langfristige Finanzierung noch ein existenzsi-

cherndes Leistungsniveau gewährleistet. Derzeit wird der risikobereite Erwerbsfähige in der gesetzlichen Alterssicherung bestraft. Die Chancen neuer Entwicklungen diesseits und jenseits von Erwerbsarbeit können nicht genutzt werden, solange insbesondere die gesetzliche Alterssicherung auf das Normarbeitsverhältnis zugeschnitten ist, das künftig abnehmend die Norm sein wird.

2. Die durch die „Anpassungsstrategie“ mögliche kurzfristige Erhöhung des Erwerbstätigen-Anteils - und im besten Fall des Arbeitsvolumens - durch Differenzierung, Stagnation bzw. Senkung der Arbeitseinkommen, Arbeitszeitverkürzung sowie Ausweitung von niedrig produktiven, personenbezogenen Diensten (= Niedriglohnssektor) ist nur möglich bzw. akzeptabel, d.h. mehrheitsfähig, wenn dadurch die Transferansprüche der betroffenen Erwerbstätigen nicht unter das existenzsichernde Niveau sinken. Dieses Risiko laufen die Erwerbstätigen jedoch im bestehenden Alterssicherungssystem. Beispiel: Für Rente auf Sozialhilfeniveau sind derzeit 28 Jahre Durchschnittseinkommen erforderlich.

3. Die vermehrte Teilhabe an dem auf absehbare Zeit relativ zur Erwerbsarbeit stärker zunehmenden Produktionsfaktor wissensgeladenes Kapital ist breiten Bevölkerungsschichten unter den bestehenden Rahmenbedingungen der sozialen Sicherungssysteme, ins-

besondere der gesetzlichen Alterssicherung, verwehrt. Folglich wird die Einkommensungleichheit zwischen Kapitaleignern auf der einen Seite und den Arbeitnehmern zunehmen. Der Faktor Kapital muß künftig stärker neben der Produktionsfunktion auch eine Verteilungsfunktion übernehmen. Dies ist ein Gebot der Solidarität und des sozialen Ausgleichs. Wenn Kapital derjenige Produktionsfaktor ist, der sich auf absehbare Zeit besser rentieren wird als Erwerbsarbeit, müssen möglichst viele Menschen Zugang zu diesem Produktionsfaktor erhalten. Bei großen Teilen der Bevölkerung ist durchaus Vermögensbildungspotential vorhanden. Dies verdeutlicht eine Modellrechnung: Würden die Beiträge, die ein durchschnittlich verdienender abhängig Beschäftigter während 45jähriger Erwerbstätigkeit an die gesetzliche Rentenversicherung und die Pflegeversicherung abführt, mit 3 Prozent auf dem Kapitalmarkt verzinst, würde er am Ende über ein Geldvermögen von über einer Million DM verfügen. Doch entstehen durch diese Leistungen nur Ansprüche an die sozialen Sicherungssysteme, nicht aber Vermögen, die eine Teilhabe an der Wertschöpfung von Wissen und Kapital ermöglichen. Würde auch nur ein Teil der abgeführten Summe vermögensbildend angelegt, würde der Zugang vieler Millionen Haushalte zum Produktivfaktor Kapital und dessen Wertschöpfung nachhaltig verbessert.

### Vorschläge

Im Rahmen der „Erneuerungsstrategie“ die teilweise Ersetzung der Erwerbsarbeit als Verteilungsfaktor durch Kapital oder anders gewendet: Ausbau der privaten Vermögensbildung durch

- Ausbau von Erfolgsbeteiligungen
- Beteiligung am Unternehmenskapital
- Beteiligung an Pensionsfonds

Die Zukunftskommission ist sich im klaren, daß die Bevölkerung nicht gleichermaßen in der Lage ist, Vermögen zu bilden.

• Für das oberste Einkommensdrittel ist dies kein Problem. Es hat bereits Vermögen gebildet oder ist dabei,

Vermögen zu bilden.

• Für das mittlere Drittel ist die Vermögensbildung unter den bestehenden Rahmenbedingungen der sozialen Sicherungssysteme (Abgabenlast!) schwierig. Die Vermögensbildungskapazität kann allerdings durch Umbau der sozialen Sicherungssysteme, insbesondere der gesetzlichen Alterssicherung, verbessert werden.

• Für das unterste Einkommensdrittel bleibt die Vermögensbildung auch unter diesen Rahmenbedingungen schwierig.

Ich sagte, eine wichtige Voraussetzung für stärkere Vermögensbildung ist neben einem veränderten Bewußtsein der Umbau der sozialen Sicherungssysteme. In diesem Bereich hat die Zukunftskommission keine Vorschläge ausgearbeitet, sondern nur grobe Richtlinien vorgegeben, an denen sich die Reform orientieren soll:

1. Mehr individuelle Gestaltungsmöglichkeiten/mehr Wahlmöglichkeiten z.B. dadurch, daß der Arbeitnehmer in der Arbeitslosenversicherung kraft Gesetzes nur noch zu Vorsorgeleistungen gezwungen werden sollte, die eine Versorgung auf einem existenzsichernden Niveau, d.h. auf Sozialhilfeniveau, gewährleisten.

2. Begrenzung der sozialen Sicherungssysteme, um eine stärkere Vermögensbildung für mittlere und untere Einkommensschichten zu ermöglichen.

3. Gewährleistung einer auskömmlichen Mindestsicherung bei Arbeitslosigkeit und im Alter, nicht zuletzt um auf Veränderungen im Erwerbsarbeitsprozeß (Zunahme von Nichtnormarbeitsverhältnissen) angemessen zu reagieren.

Was die Umsetzung der beiden letzten Punkte im Rahmen der gesetzlichen Alterssicherung angeht, hat die Zukunftskommission drei Optionen angeführt:

- Ergänzende Sozialhilfe
- Rente nach Mindesteinkommen
- Steuerfinanzierte Grundsicherung unabhängig von Bedürftigkeit.

Fazit: Wir brauchen

- einerseits Vorsorgeformen, gekennzeichnet durch ein Höchstmaß an individuellen Gestaltungsmöglichkeiten und an individueller kapitalgedeckter Vorsorge,
- andererseits umlagefinanzierte gesetzliche Sicherungssysteme, die eine auskömmliche Mindestsicherung gewährleisten. ■



Deutschland im Reformfieber

Karikatur: Mester

# Anpassung zu Lasten der Schwächeren

von Prof. em. Dr. Heinz Lampert, Universität Augsburg

Die Kommission erweckt den Eindruck, als seien ihre Vorschläge zur Umgestaltung des Systems sozialer Sicherung eine zwingende Konsequenz der von ihr entwickelten beschäftigungspolitischen „Erneuerungs“- und „Anpassungs“-Strategie. Die Lektüre des Berichts macht jedoch erkennbar, daß die sozialpolitischen Reformvorschläge nicht Wirkungen der vorgeschlagenen Maßnahmen sind, sondern eine unmittelbare Konsequenz der von der Kommission präferierten Leitbilder von Menschen und vom Staat.

Diese Leitbilder werden im Bericht nicht als mögliche Optionen dargestellt, über die letztlich in einem politischen Entscheidungsprozeß zu befinden ist, sondern als Fakten, mit denen die Gesellschaft konfrontiert ist und die sie akzeptieren muß.

Konkret legt die Kommission das Leitbild vom Minimalstaat zugrunde, in dem das dominierende Ziel der Politik die Durchsetzung möglichst unbegrenzter individueller Freiheit ist und nach dem dem Staat nur minimale Sicherungs- und Eingriffsfunktionen zuerkannt werden. Dieses Leitbild steht in deutlichem Gegensatz zu dem bisher in der Bundesrepublik dominierenden, breit akzeptierten, von den politischen Parteien nicht in Frage gestellten Leitbild des grundgesetzkonformen subsidiären Sozialstaates, das gleichzeitig und gleichwertig von den Zielen individueller Freiheit, sozialer Gerechtigkeit und sozialer Sicherheit geprägt ist. Konsequenterweise dem Leitbild vom Menschen als unternehmerischem Individuum und dem staatlichen Leitbild folgend empfiehlt die Kommission ein System sozialer Sicherung, das lediglich eine existenzminimale Grundversorgung anstrebt. Es zeichnet sich das Bild einer Gesellschaft ab, in der der Bereich der sozialen Sicherung eindeutig der Wirtschaft nach- und untergeordnet wird, das Bild einer Gesellschaft, die ihrer sozialstaatlichen Substanz beraubt ist.

In unserer Gesellschaft hat letztlich die Bevölkerung darüber zu entscheiden, welche Leitbilder sie für realistisch und erstrebenswert hält und welchen sie folgen möchte. Dennoch stellt sich die Frage, ob für die Durchsetzung erfolgversprechender beschäftigungspolitischer Strategien der von der Zukunftskommission für notwendig gehaltene Preis an Verzicht auf sozialstaatliche Errungenschaften, insbesondere auf staatlich organisierte soziale Sicherheit oberhalb eines existenzminimalen Niveaus, gezahlt werden muß.

## Diagnosemängel

Die Verzichte, die nach Meinung der Kommission nötig sind, halte ich bei aller Einsicht in die Notwendigkeit eines auch mit Leistungsbegrenzungen und mit einem partiellen Leistungsabbau verbundenen Umbaus des Sozialstaates für viel zu groß und im Grund-



Prof. Dr. Heinz Lampert

de genommen auch für vermeidbar, weil es eine Reihe von Ansatzpunkten für erfolgversprechende Reformen gibt, die die Kommission unbeachtet läßt.

Einige dieser Ansatzpunkte werden erkennbar, wenn man die den Therapievor schlägen der Kommission zugrundeliegende Diagnose auf ihre Vollständigkeit und auf die Gewichtung des Ursachenbündels hin abfragt, das die Beschäftigungs- und Sozialstaatskrise verursacht. Ich skizziere sechs gewichtige Mängel der Diagnose der Kommission:

1. Ungeachtet der Tatsache, daß es - wie die Kommission zu recht bemerkt - nicht möglich ist, den Einfluß einzelner Determinanten des Beschäftigungsgrades bzw. der Arbeitslosigkeit exakt zu bestimmen, ist geltend zu machen, daß die vorgelegte Diagnose bei weitem zu viel Gewicht auf ein Fehlverhalten der Erwerbsbevölkerung legt, wenn z.B. formuliert wird: „Der bestehende Zustand kann nur gebessert werden, wenn breite Bevölkerungsschichten die veränderte Wirklichkeit zur Kenntnis nehmen und ihre überkommenen Sicht- und Verhaltensweisen entsprechen ändern“.

2. Die Globalisierung wird zwar als eine Ursache der Arbeitslosigkeit in die Überlegungen der Kommission einbezogen. Dabei wird aber nicht berücksichtigt, daß wir durch die Globalisierung nicht nur mit einer verstärkten Konkurrenz zwischen nationalen Arbeitsmärkten und zwischen verschiedenen nationalen Systemen sozialer Sicherung konfrontiert sind, sondern daß die Globalisierung die wirtschafts-, finanz- und sozialpolitische Autonomie nationaler Regierungen erheblich schwächt, d.h. daß sie den Primat der Politik aushöhlt und einen Primat der Wirtschaft zu etablieren droht.

3. Es wird vernachlässigt, daß sich im Rahmen der Europäischen Union ein auf Dauer unerträglicher unlauterer Steuer- und Subventionswettbewerb entwickelt hat, der eine wesentliche Ursache für die Erosion des deutschen Steuersystems ist. Auch hier liegen Ansatzpunkte zur Bekämpfung der Beschäftigungskrise und der Krise unseres sozialen Sicherungssystems.

4. In der beschäftigungspolitischen Strategie werden die klassischen ökonomischen Instrumente der Geld- und Finanzpolitik als Instrumente zur Beeinflussung des Beschäftigungsgrades außer Betracht gelassen. Selbst wenn man berücksichtigt, daß bei abnehmender nationaler wirtschaftspolitischer Autonomie die Leistungsfähigkeit dieser Instrumente verringert worden ist, erscheint eine völlige Vernachlässigung nachfrageorientierter Beschäftigungspolitik nicht gerechtfertigt.

5. Die Akzeptanz der beschäftigungs- und der sozialpolitischen Empfehlungen wird schließlich erschwert, weil die Kommission die Entwicklungstrends, die sich seit Mitte der 70er Jahre beobachten lassen, kühn in die Zukunft projiziert. Der Weg von der „arbeitnehmerzentrierten Industriegesellschaft“ hin zur „unternehmerischen Wissensgesellschaft“ wird als ein sicherer Prozeß dargestellt, obwohl gleichzeitig festgestellt wird, daß die Mehrheit der Bevölkerung auch in Zukunft „ganz oder teilweise abhängig beschäftigt sein wird“.

6. Im Zusammenhang mit der Beurteilung der Lage der Rentenversicherung wird völlig vernachlässigt, daß eine verfehlte Rentenversicherungspolitik zur Entstehung einer unnötig kritischen Situation und zur Untergrabung des öffentlichen Ansehens der gesetzlichen Rentenversicherung beigetragen hat. Anders ausgedrückt: es wird nicht geprüft, ob das System unter Beibehaltung seiner spezifischen Eigenheiten aufrechterhalten werden kann.

## Abbau sozialstaatlicher Substanz

Nicht wenige der von der Kommission empfohlenen sozialpolitisch relevanten Zielsetzungen verdienen nach meiner Einschätzung Unterstützung, weil sie aus beschäftigungs- oder/und sozialpolitischer Sicht geeignet erscheinen, die Lage zu verbessern. Dagegen halte ich unter anderem für problematisch

- die Einführung einer beitragsunabhängigen Altersgrundrente, weil sie dem Prinzip der Leistungsgerechtigkeit widerspricht, das für unser Gesellschaftssystem konstitutiv ist;
- die Empfehlung, einen sinkenden materiellen Lebensstandard von Teilen der Bevölkerung hinzunehmen.

Ich fasse meinen Eindruck vom Kommissionsbericht wie folgt zusammen: Der Bericht der Zukunftskommission ruht auf zwei Grundlagen: Erstens auf einer in Bezug auf die Vollständigkeit und die Akzentuierung der Krisenursachen nicht voll überzeugenden Diagnose und einer Prognose, die angesichts der Unvorhersehbarkeit der Zu-

kunft und angesichts der von der Kommission selbst erkannten Diagnoseunsicherheiten zu wenig relativiert erscheint. Zweitens auf einer gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Konzeption, die durch eine extrem li-

zu tragen. Gravierende soziale Probleme, auf die die Kommission mehrfach hinweist, werden nicht in der wünschenswerten Ausführlichkeit und Gründlichkeit dargestellt. Die hohen Risiken, die sowohl mit der



Graphik: Globus 4335

berale Position, das Leitbild eines unternehmerischen, selbstverantwortlichen und zur Selbstverantwortung fähigen Bürgers und das Leitbild des Minimalstaates geprägt ist. Die aus diesen nach meiner Meinung defizitären Grundlagen stringent abgeleitete Erneuerungs- und Anpassungsstrategie ist nicht nur mit erheblichen Anpassungslasten verbunden, sondern auch mit einem radikal anmutenden, dem Grundgesetz der Bundesrepublik nicht gemäßen Abbau der sozialstaatlichen Substanz. Diese Anpassungslasten und die Folgen der sozialpolitischen Empfehlungen haben ganz überwiegend die wirtschaftlich und sozial schwächeren Bevölkerungsschichten

Ungewißheit der Prognose als auch mit dem sozialen Preis der Erneuerungs- und Anpassungsstrategie für Wirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik verbunden sind, lassen es geraten erscheinen, gründlich zu prüfen, erstens, welche der Kommissionsvorschläge politisch umgesetzt werden sollen und zweitens, wie ein breiter angelegtes und vor allem sachlich und zeitlich abgestuftes Reformkonzept beschaffen sein muß, das die mit den als notwendig erkannten Reformschritten verbundenen Risiken politisch zu kontrollieren erlaubt. ■

# Der Wohlfahrtsstaat frißt seine Kinder

## Subsidiarität als Strukturprinzip der Sozialpolitik

von Prof. Dr. Wolfgang Ockenfels, Universität Trier

Als sie noch aus vollen Taschen Wohltaten verteilen konnten, gehörten die Sozialpolitiker zur progressiven Edelklasse. Das Sparen und Zurückfahren ist ein undankbares, unpopuläres Geschäft, von dem sich kein Politiker ein Mandat versprechen kann. Nur wenige wagen es heute, mit Spar- und Reformvorschlägen vorzutreten und die Hand an Besitzstände zu legen. Die früheren Sozialreformer sind ratlos geworden und befinden sich in einem schwer auflösbaren Dilemma: Je höher die Arbeitskosten steigen, desto größer wird die Arbeitslosigkeit, die ihrerseits den Sozialstaat überfordert, der mit seinen Kosten die Schaffung neuer Arbeitsplätze verhindert.

### Überfrachtete Sicherungssysteme

Um so verdienstlicher ist es, wenn sich Ökonomen der Sache der Sozialen Sicherung annehmen und die Sozialpolitiker und Theologen belehren. Gäbe es keine Arbeitslosigkeit, könnte auch im Sozialstaat alles beim Alten bleiben, glauben manche Sozialpolitiker - und übersehen dabei, daß der real existierende Sozialstaat schon wegen seiner falschen Anreize instabil und selbstzerstörerisch geworden ist.

Im Lauf der Zeit hat sich die deutsche Sozialpolitik, auch mithilfe dezidiert katholischer Politiker, immer mehr zu einem zentralistischen Sozialstaat verfestigt und die Züge eines Wohlfahrtsstaats angenommen. Mit den siebziger Jahren zeigten sich aber immer deutlicher die Finanzierungsgrenzen sozialer Sicherungssysteme, die mit immer neuen sozialen Problemen konfrontiert und überfrachtet wurden. Die nach oben offene Anspruchsskala läßt die Befürchtung aufkommen, daß der Wohlfahrtsstaat schließlich seine eigenen Kinder frißt.

Die wohlmeinenden christlichen Sozialpolitiker der fünfziger Jahre konnten auch noch darauf vertrauen, daß die Leute von alleine Kinder genug kriegten (Adenauer) und daß diese im

Geist der Solidaritätspflicht und Opferbereitschaft erzogen werden würden. Der moderne Fortschritt bescherte uns jedoch einen Wertewandel von den sozialen Pflichtwerten zu den individuellen Selbstverwirklichungswerten. Dieser Wandel, der sich auch als hedonistischer *lifestyle* zu erkennen gibt, wäre freilich nicht möglich gewesen ohne eine Sozialpolitik, die immer mehr Versorgungsansprüche einzulösen verhielt. Individualismus, Hedonismus und Anspruchsdenken sind nicht nur die verdorbenen Früchte des Versorgungsstaats, sondern zugleich auch dessen Zerstörungsfaktoren.

Der Sozialstaat verfängt sich in seiner selbsterzeugten Rationalitätenfalle, welche den Nutzen zu privatisieren, die Kosten aber zu sozialisieren sucht: Man will mindestens das aus ihm herausholen, was man eingezahlt hat. Denn man hat ja schließlich einen Rechtsanspruch auf Zuwendung. Zudem hat der real existierende Sozialstaat die Solidarität als persönlich zu übende Tugend untergraben: Wozu noch christliche Caritas freiwillig und ehrenamtlich üben, wenn doch alles schon „von oben“ strukturell geregelt ist?

### Reduzierung der Superstrukturen

Es ist das Subsidiaritätsprinzip der „Hilfe zur Selbsthilfe“, wonach sich der Umbau, die Revision des postmodernen Sozialstaats vollziehen muß. Subsidiäre Sozialpolitik bedeutet nicht „Sozialabbau“, sondern nur die Reduzierung zentralistischer, obrigkeitstaatlicher Superstrukturen. Je anonym und großflächiger diese Strukturen sind, desto anfälliger sind sie für den bewußten oder fahrlässigen Mißbrauch. Nicht das Gießkannenprinzip, sondern der Aufbau kleinerer, flexiblerer Netze liegt in der Logik der Subsidiarität. Mit dem Single als Leitbild ist kein Sozialstaat mehr zu machen. Die Familie zu stärken bedeu-



Prof. Dr. Wolfgang Ockenfels:  
„Subsidiäre Sozialpolitik bedeutet nicht Sozialabbau“

Foto: Schölderle

tet, den wuchernden Sozialstaat zu entlasten. Darum ist Familienpolitik die primäre Form der Sozialpolitik. Und sie verbessert erheblich die Lebenschancen unserer Gesellschaft. Die Familie ist das kleinste, aber feinste soziale Netz, das es zu erhalten und zu fördern gilt. Der Aufbau auch der weiteren Netze setzt jedoch die persönliche und gruppenhafte Bereitschaft zur Selbsthilfe voraus. Was aber kann man dem Individuum und den kleineren Gruppen an Selbsthilfe zumuten? Was kann der einzelne bzw. seine Gruppe leisten, und was muß man ihm abverlangen? Diese Frage der Zumutbarkeit wird für die künftige Sozialpolitik entscheidend sein, beantwortet wird sie leider nicht a priori vom Subsidiaritätsprinzip.

Eine subsidiäre Sozialpolitik setzt an bei der Selbsthilfe, setzt sich fort in der freiwilligen Solidarität und endet in der staatlich organisierten Solidarität für die *nachweislich* Hilfsbedürftigen.

### Popularitätshascherei

Freilich hat die künftige Sozialpolitik zwei ordnungspolitische Hürden zu überwinden. Sie muß zum einen kompatibel sein mit einer europäischen und globalen marktwirtschaftlichen Ordnung, die sich auch für jene Volkswirtschaften öffnet, die wesentlich geringere soziale Standards aufweisen als die bundesrepublikanische Soziale

Marktwirtschaft. Im internationalen Leistungswettbewerb werden wir zu spüren bekommen, daß soziale Leistungen eben auch einen stattlichen Kostenfaktor darstellen. Des weiteren aber muß sie sich innerhalb einer demokratischen Ordnung behaupten, die von der kurzfristigen Popularitätsscherei jener Politiker beherrscht wird, deren Verantwortung kaum über den nächsten Wahltermin hinausgeht. Unsere Gesellschaftsordnung scheint nur für das größte individuelle Glück der größeren Zahl in der Gegenwart eingerichtet worden zu sein. Ihre Tage sind aber gezählt, wenn sie nicht auch die Zukunft späterer Generationen in den Blick der Verantwortung bekommt.

Noch leben wir auf Kosten späterer Generationen, die womöglich gar nicht mehr (bei uns) geboren werden. Bemerkenswert an den hier zu erörternden Reformvorschlägen der Zukunftskommission ist daher vor allem die konsequente Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips: Es wird in

Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, in Fragen der Vermögensbildung, des Tarifrechts und der Sozialversicherungen deutlich zur Geltung gebracht. Vor

allem auf der Brücke dieses Prinzips könnte sich eine Verständigung von Ökonomie und christlicher Sozialethik anbahnen. ■



Karikatur: Liebermann

### Die Referenten der Tagung:

Prof. Dr. Hans-Wolfgang ARNDT, Universität Mannheim  
 Prof. Dr. Norbert BERTHOLD, Universität Würzburg  
 Prof. Dr. Ulrich BLUM, TU Dresden  
 Dipl.-Volksw. Ulf FINK, MdB  
 Prof.em. Dr. Ernst HELMSTÄDTER, Universität Münster  
 Prof. Dr. Gerhard KLEINHENZ, IAB, Nürnberg  
 Prof.em. Dr. Heinz LAMPERT, Universität Augsburg  
 Michael LEZIUS, AG zur Förderung d. Partnerschaft i.d. Wirtschaft, Kassel  
 Herbert LOEBE, Bildungswerk der Bayer. Wirtschaft, München  
 Franz MAGET, Stellv. Fraktionsvors. der SPD im Bayer. Landtag  
 Prof. Dr. Meinhard MIEGEL, IWG, Bonn  
 Dr. Georg OBERMEIER, VIAG AG, München  
 Prof. Dr. Dr.h.c. Heinrich OBERREUTER, Direktor der Akademie f. Politische Bildung, Tutzing  
 Prof. Dr. Wolfgang OCKENFELS, Universität Trier  
 Ruth PAULIG, Landesvorsitzende B90/Die Grünen, München  
 Prof. Dr. Martin PFAFF, MdB, Augsburg  
 Walter RIESTER, stellv. Vorsitzender IG-Metall, Frankfurt  
 Bernd SCHREYER, Landesvorsitzender B90/Die Grünen, München  
 Barbara STAMM, Staatsministerin für Arbeit und Sozialordnung, München  
 Prof. Dr. Sibylle TÖNNIES, Eutin  
 Stefanie WAHL, IWG, Bonn  
 Volker WÖRL, Süddeutsche Zeitung, München

Tagungsleitung: Prof. Dr. Dr.h.c. Heinrich OBERREUTER  
 Dr. Peter HAMPE

## Zukunft der Arbeit:

# Weniger Arbeit - mehr vom Leben ?

Zukunftsmodelle und Lösungen im Streit -  
Kooperationstagung mit dem Bayerischen Rundfunk

Die junge Bundesrepublik des Wirtschaftswunders sah unzweifelhaft eine Arbeitsgesellschaft. Obwohl sich die gesellschaftlichen Wertvorstellungen inzwischen gewandelt haben - so gewann die Freizeit für den einzelnen deutlich an Wert - prägt doch weiterhin die Erwerbsorientierung unsere Gesellschaft. Seit der Arbeitsgesellschaft die Arbeit auszugehen scheint, will man zwar immer noch mehr vom Leben haben, aber unbedingt auch einen sicheren Arbeitsplatz. Ob ein mehr an Leben auch mit weniger Arbeit zu haben sein könnte, war Gegenstand einer Kooperationstagung der Akademie mit dem Bayerischen Rundfunk.

Weitgehende Einigkeit herrschte unter den Referenten darüber, daß die Arbeitskosten (die nicht mit den Brutto- oder gar den Nettolöhnen zu verwechseln sind) in Deutschland zu hoch seien. Georg Obermeier, Vorstandsvorsitzender der VIAG AG,



VIAG-Vorstand Obermeier: Arbeitskosten sind zu hoch

verdeutlichte dies am Beispiel zweier Arbeiter auf einer deutschen Baustelle: "Der portugiesische Bauarbeiter verdient netto 12 DM die Stunde, sein deutscher Kollege 14 DM. Die Arbeitskosten für den Arbeitgeber belaufen sich aber auf 28 DM bzw. 54 DM!" Dieser Zustand ist primär den hohen Sozialversicherungsbeiträgen zuzuschreiben. Darüber, wie dem abzuhelpen sei, bestanden allerdings unterschiedliche Auffassungen. Während Prof. Dr. Carl Christian von Weizsäcker (Universität zu Köln) eine starke Absenkung der Sozialleistungen befürwortete, die auch gering qualifizierte Arbeit für Anbieter und Nachfrager attraktiv mache, sprach

sich etwa der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), Dieter Hundt, für das Modell des Kombilohns aus.

Weitergehende Einstellungsänderungen der Bevölkerung verlangt dagegen die von dem Münchner Publizisten Warnfried Dettling vorgestellte "Reformperspektive Bürgergesellschaft". Dettling ist der Überzeugung, daß der Staat zukünftig kein soziales Sicherungssystem heutigen Ausmaßes mehr garantieren könne. Da auch die Familien nicht mehr wie früher die sozialen Sicherungsaufnahmen übernehmen könnten, seien die Bürger gefordert, sich zukünftig "nicht nur als Konsumenten, sondern auch als Produzenten sozialer Güter" zu verstehen. Auf diese Weise sei nicht nur eine



Warnfried Dettling: „Wir brauchen die sozial aktive Bürgergesellschaft“  
Fotos: Schröder

Spaltung der Gesellschaft wie in den USA zu verhindern, sondern auch die soziale Qualität des Gemeinwesens zu verbessern. "Wir brauchen die sozial aktive Bürgergesellschaft, um dem Leben wieder einen Sinn zu geben, es interessanter zu machen. Damit meine ich nicht die Empfänger unserer sozialen Barmherzigkeit, sondern jene, die sich sozial engagieren, um ein interessanteres, reicheres Leben zu führen."

Nachfolgend dokumentieren wir leicht gekürzt die Beiträge von BDA-Präsident Hundt und dem Vorsitzenden der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten (NGG), Franz-Josef Möllenberg. ■

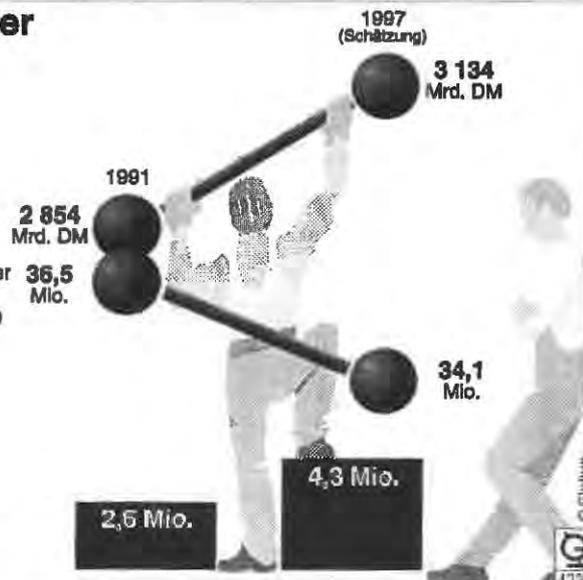
Uwe Kranenpohl

## Immer weniger erarbeiten Immer mehr

Eine Immer höhere Wirtschaftsleistung ... (Bruttoinlandsprodukt zu Preisen von 1991) 2 854 Mrd. DM

... wird von immer weniger Arbeitskräften erbracht (Zahl der Erwerbstätigen) 36,5 Mio.

Die Folge: Immer mehr Menschen sind vom Arbeitsleben ausgeschlossen (Zahl der Arbeitslosen) 2,5 Mio.



Globus 4232

## Mit dem Kombilohn zu weniger Arbeitslosen

Von Dr. Dieter Hundt, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)

Daß die Arbeitskosten in Deutschland zu hoch sind, ist keine neue Erkenntnis, sondern ein Gemeinplatz. Nur sind die Versuche, diese Kosten zu reduzieren, bislang hinter diesem Ziel weit zurückgeblieben. Sie erleben es als Arbeitgeber im kleinen Stil, wenn Sie einen Handwerker zu sich nach Hause bestellen. Von den 70 DM Stundenlohn, den Sie für den Schreiner gesellen berappen müssen, erhält dieser gerade einmal 15 DM netto. Ein Handwerker müßte selbst fünf Stunden arbeiten, um eine Handwerkerstunde bezahlen zu können.

Es geht nicht nur um Nettolöhne – damit liegen wir in Deutschland nur im gehobenen Mittelfeld –, sondern um die Bruttolöhne und ihren Spitzenplatz in der internationalen Lohnskala. Es ist auch im Interesse der Arbeitnehmer, nicht nur der Arbeitgeber, vom offiziellen Bruttolohn endlich mehr Geld zur eigenen Verfügung in der Tasche zu behalten! So ist die Wirkung der Lohnzurückhaltung der letzten Jahre von den gleichzeitig wieder angestiegenen Sozialkosten in der Gesamtrechnung regelrecht zunichte gemacht worden.

### Eigenvorsorge vor Fürsorge

Es geht den Arbeitgebern überhaupt nicht darum, den Sozialstaat prinzipiell in Frage zu stellen. Aber die unübersehbaren Auswüchse des Sozialstaats zum Wohlfahrtsstaat und zu einer Rundumversicherung der Menschen müssen kritisiert werden. Es ist ein wahrer Teufelskreis: Steigende Sozialkosten - etwa durch höhere Arbeitslosigkeit und Renten - verteuern die Arbeitsplätze; dadurch steigt die Arbeitslosigkeit weiter an, was die Sozialkassen belastet und wiederum die Beschäftigung verteuert usw. Wir müssen uns von dem Gedanken verabschieden, der Sozialstaat könne eine umfassende Lebensstandardsicherung bieten.

Es kann nicht mehr um Vollkasko-Lösungen gehen, sondern um Basisversicherungen. Eigenvorsorge geht vor



Dieter Hundt: Sozialstaat auf die Kernfunktionen konzentrieren

staatliche Fürsorge - das ist die Devise.

Nun warnen selbsternannte Wächter des Sozialstaats vor einer - vermeintlich drohenden - Sanierung der Sozial-

**„Es ist ein wahrer Teufelskreis: Steigende Sozialkosten - etwa durch höhere Arbeitslosigkeit und Renten - verteuern die Arbeitsplätze; dadurch steigt die Arbeitslosigkeit weiter an, was die Sozialkassen belastet und wiederum die Beschäftigung verteuert usw.“**

kassen auf Kosten der Schwächeren, also derer mit weniger Einkommen und weniger Optionen auf private Zusatzversicherungen. Der Sozialstaat braucht aber gerade deshalb die finanzielle Entlastung, damit er sich auf seine Kernfunktionen konzentrieren und den wirklich Hilfsbedürftigen effektiv helfen kann.

Jegliche Kürzungsmaßnahme im Sozialbereich gilt bei uns automatisch als „unsozial“. Dabei muß doch sachlich, nüchtern nachgefragt werden, was denn jeweils das geeignete Mittel für das gewünschte Ziel ist. Führen die sozialpolitischen Maßnahmen zum Ziel der Beschäftigungsförderung oder konterkarieren sie es?

Ich habe deshalb ein Kombi-Einkommen vorgeschlagen, mit dem die Aufnahme von Arbeit - auch gering bezahlter Arbeit - aus der Sozialhilfe heraus wieder attraktiv werden kann. Wir wollen keine „working poor“. Neue Niedriglohnbereiche müssen

durch intelligentere Verzahnungen von Arbeitseinkommen und staatlichen Sozialtransfers flankiert werden, damit sie sich entfalten können - z.B. eben den Kombilohn.

### Keine „working poor“

Aus der Arbeit, die wir überall sehen, bezahlte Beschäftigung zu machen, ist die politische Herausforderung unserer Zeit. Aber es ist nicht ins willkürliche Belieben der Unternehmen und Betriebe gestellt, ob sie Arbeitslosen Arbeit geben. Denn auf dem Markt entscheidet sich, ob ein Betrieb rentabel arbeitet und ob sich die Einstellung neuer Mitarbeiter lohnt. Arbeitszeitverkürzungen zum Zwecke der Umverteilung sind kein geeignetes Mittel: sie verteuern in der Regel die Arbeit noch mehr und sind damit sogar beschäftigungsfeindlich. Ähnliches gilt für den Versuch, bei den Überstunden anzusetzen: Einfach alle geleisteten Überstunden eines Jahres

zusammenzurechnen und dann in vermeintliche Arbeitsplätze umzulegen, schafft nur auf dem Rechenpapier Arbeitsplätze, aber nicht in der weitaus komplexeren Wirklichkeit. Überstunden sind für die Betriebe Puffer, die sie brauchen. Und die großartige Umlagerechnung ergibt schließlich pro Arbeitnehmer und Woche ziemlich genau eine einzige Überstunde. Arbeitsplätze in der Industrie werden in Deutschland vor allem über attraktive und innovative Produkte geschaffen. Das Neue ersetzt, ja zerstört zwangsläufig manches Alte. Insofern bringen Innovationen zunächst auch soziale Härten mit sich. Denn die Inhaber der alten Arbeitsplätze können nicht oder zumindest nicht ohne weiteres auf die neuen Arbeitsplätze „umsatteln“. Daß sie von unserem sozialen Netz aufgefangen werden müssen, ist selbstverständlich; es dürfen aber nicht die alten wirtschaftlichen Strukturen deshalb konserviert werden. ■

Die Menschen in Deutschland haben, soweit sie noch "Arbeitsplatzbesitzer" sind, Angst um ihren Arbeitsplatz. Es ist nicht mehr nachvollziehbar, daß zwei Rekordzahlen sich täglich bzw. monatlich überschlagen. Zum einen die allmonatliche Verkündung der offiziellen Arbeitslosenstatistik und andererseits die praktisch tägliche Verkündung eines neuen Höchststandes des deutschen Aktienindex.

Wir haben es neben der Globalisierung mit einer neo-liberalen Verteilungspolitik zu tun, die dazu beigetragen hat, daß Kapitaleinkommen immer weniger und die Arbeitseinkommen immer stärker mit Steuern und Sozialbeiträgen belastet werden. Das Ergebnis ist eine massive Verschiebung der Einkommensverteilung zu Lasten der Arbeits- und zu Gunsten der Kapitaleinkommen. Aber die alte Gleichung "Gewinne von heute sind die Investitionen von morgen" stimmt nicht mehr.

## Maßnahmenbündel

Natürlich sind in einer globalisierten sozialen Marktwirtschaft Änderungen notwendig. Aber solche Reformen müssen nicht notwendig den wesentlichen sozialen Kern der Marktwirtschaft betreffen. Der springende Punkt jedes erfolgversprechenden Konzepts zur Annäherung an die Vollbeschäftigung besteht darin, die gegenwärtig extrem auseinanderdriftende Einkommensverteilung zwischen Kapital, Arbeit und Staat so zu ändern, daß zur Befriedigung der privaten und staatlichen Nachfrage investiver Bedarf im Inland genau in Höhe der Kapitaleinkommen entsteht. Modelle, die von unterschiedlichen Annahmen über die umstrittenen Beschäftigungswirkungen unterschiedlicher Lohnpolitik ausgehen, lassen in der Tat eine annähernde Halbierung der Massenarbeitslosigkeit innerhalb von 10 Jahren ökonomisch möglich erscheinen. Nötig ist dazu ein Maßnahmenbündel aus Arbeitszeitverkürzung, mittelfristig produktivitätsorientierten Lohnerhöhungen, steuer- und abgabepolitischen Reformen, staatlichen Investitionsprogrammen etc., das von einer beschäftigungsfreundlichen europäischen Wirtschaftspolitik zu flan-

## Arbeit umverteilen mit intelligenten Arbeitszeitmodellen

Von Franz-Josef Möllenberg

Vorsitzender der Gewerkschaft Nahrung - Genuss - Gaststätten (NGG)



*Franz-Josef Möllenberg: Zum Konsens- und Kooperationsprinzip zurückkehren*

kieren wäre. Es ist aber leider nicht zu sehen, wie solche oder ähnliche, strikt marktwirtschaftliche Konzepte mit dem Problem weltweiten freien Kapitalverkehrs fertig werden. Grundbedingung für die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft, für die Reform der sozialen Marktwirtschaft ist, daß endlich aufgehört wird, den Standort Deutschland kaputtzureden. Ich beobachte, daß in den letzten Monaten die Töne auch deutlich modera-

**„Modelle, die von unterschiedlichen Annahmen über die umstrittenen Beschäftigungswirkungen unterschiedlicher Lohnpolitik ausgehen, lassen in der Tat eine annähernde Halbierung der Massenarbeitslosigkeit innerhalb von 10 Jahren ökonomisch möglich erscheinen“**

ter geworden sind. Darüber hinaus müssen die gesellschaftlichen Kräfte zum Konsens- und Kooperationsprinzip zurückkehren. Aufforderungen zum Tarifvertragsbruch sind jedoch das Gegenteil. Wenn Sachlichkeit einzieht und Ideologien beiseite gelassen werden, dann sind Reformen auch anzupacken.

Die Probleme unserer Rentenversicherung sind nur auf den ersten Blick demographischer Natur. Natürlich werden glücklicherweise Menschen älter

und erhalten längere Zeit Rente, aber das Hauptproblem der Finanzierung unserer Sozialversicherungssysteme sind die 620/520 DM-Jobs, die versicherungsfremden Leistungen und – leider – die Massenarbeitslosigkeit. Ich bin davon überzeugt, daß unser System der Tarifautonomie und damit der Flächentarifverträge nicht nur erhalten werden muß, sondern hier auch Reformen möglich sind. Beispiele zur Flexibilisierung gibt es genug. Deshalb appelliere ich hier noch einmal an die Sozialpartnerschaft und lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit ein nicht so gern gehörtes Thema ansprechen: Wir werden die Arbeit in Deutschland umverteilen müssen, wir müssen weitere Arbeitszeitverkürzungen haben. Nach wie vor ist die Überstundenproblematik ungelöst – durch intelligente Arbeitszeitmodelle, durch Schaffung von Arbeitszeitkonten können Überstunden vermieden werden, indem Produktionsspitzen aufgefangen werden und Freizeitausgleich gewährt wird. Teilzeitarbeit muß populärer werden. Aber Teilzeitarbeit ist nicht nur eine Frage für Frauen, sondern auch für Männer. Hier hat ein ge-

sellschaftlicher Bewußtseinsprozeß einzusetzen, an dem wir alle mitarbeiten müssen, um Teilzeitarbeit nicht als exotische Regelung stehen zu lassen, sondern sie vielleicht zur Normalität werden zu lassen. Ich glaube, wir müssen zu einer neuen solidarischen, gesellschaftlichen Arbeitsteilung zwischen Arbeitsplatzbesitzern und Arbeitslosen, zwischen den Generationen und zwischen den Geschlechtern kommen. ■

# Zeitung in der Schule

**Das Drei-Liter-Auto und die Benzinpreisdebatte, Jugendarbeitslosigkeit und Deutschland im Wahljahr – das waren nur drei der Themen des Werkstattseminars "Zeitung machen". 16 Jugendliche des Berufsbildungswerks Kirchseeon und ihre Lehrer und Betreuer waren eifrige und begeisterte Teilnehmer dieses Workshops, mit dem sie sich auf die Arbeit am Projekt "Zeitung in der Schule" in Zusammenarbeit mit der "Frankfurter Rundschau" vorbereiteten.**

Zum ersten Mal in der jahrelangen Praxis des bundesweiten Modells "Zeitung in der Schule" waren lernbehinderte Berufsschüler beteiligt – eine Premiere nicht nur für die Schüler, sondern auch für die Lehrer, Erzieher und Akademiedozenten. Die Themenwahl orientierte sich an lebensnahen, praktischen Fragen, die die Schüler interessierten und die sie selbst auswählten.

Journalistisches Schreiben und Tips für Recherche und Interview standen im Vordergrund dieses Trainingslagers. Was gefällt mir und welche Themen interessieren mich? Wie müssen Artikel geschrieben werden, damit der Leser weiterliest?

## Fundgrube Internet

Gerhard Endres, Sozialpädagoge und freier Journalist, betreut die Gruppe und lieferte erste Hinweise, was journalistische Texte vom Schulaufsatz unterscheidet. Erste Schreib- und Umschreibversuche wurden unter die Lupe gelegt. Sachverständiger Kritiker war Thomas Heinloth, Politikredakteur bei der Münchner "Abendzeitung". Danach Recherche vor Ort: Gespräche und Interviews mit Unternehmern, Handwerksmeistern, Personalchefs und Beschäftigten in der Akademie und in Tutzing. Die Schüler überwandern erfolgreich erste Hemmschwellen. Und dann wieder Schreiben: Umsetzung des recherchierten Materials in Berichte,

Ganz neue Möglichkeiten der Informationsbeschaffung lernten die Schüler mit dem Internet kennen. Neueste Daten zum Arbeitsmarkt, Stellungnahmen der Parteien, Verbände und Mi-



*Blick in die Zeitungswerkstatt der Akademie  
Foto: Schröder*

nisterien zur Benzinpreisdebatte, Wahlprogramme, Industrieforschung zum Drei-Liter-Auto: das "world wide web" erwies sich als Fundgrube und stellte Bücher, Zeitungen und Zeitschriften der Akademiebibliothek schnell in den Schatten. So wurde aktuellstes Material in die Übungsberichte eingearbeitet.

Eifrig und unermüdlich feilten die Schüler an den Texten, überarbeiteten, verwarfen, schrieben um und neu. Ein Lehrer: "Ich kenne meine Schüler nicht wieder". Frust und Leistungsdruck des Schulalltags waren vergessen, Ideen und vielfältiges Engagement wurden im Team umgesetzt. Ein Teilnehmer: "Handeln setzt Energie frei!"

In der Schlußbilanz waren die anfängliche Skepsis und Zurückhaltung ge-

genüber der Akademie und dem Medium Zeitung einer Begeisterung fürs Lernen mit neuen Formen gewichen. Alle waren sich einig, viel erfahren und gelernt zu haben. Wichtige Tips für die weitere Arbeit am Projekt "Zeitung in der Schule" hätten sie bekommen. Sie merkten aber auch, "wieviel Arbeit im Zeitung machen steckt". Und: "Wir können die Zeitung jetzt viel besser lesen". Besonders beeindruckt waren die Schüler von ihren eigenen Fortschritten beim Schreiben journalistischer Texte: „Ich habe den Unterschied zwischen gestern und heute festgestellt.“ ■

Michael Schröder

## Am Ende notiert

(aus den Bemerkungen der Schüler am Ende des Seminars)

Handeln setzt Energie frei

Viel Eigeninitiative!

Wir können die Artikel jetzt besser lesen

Man merkt, wieviel Arbeit im Zeitungsmachen steckt

Gut: spontane Recherche

Arbeitsalltag der Journalisten kennengelernt

# Talkshows: Hauptsache peinlich?

## Wissenschaft und Redakteure im Dialog mit Medienpädagogen

Das Intim- und Privatleben prominenter Schauspieler, Sportler, Politiker und Adelige war immer schon Objekt der öffentlichen Begehrde und Neugier. Lady Di, Bill Clinton und Prinzessin Caroline sind die bislang letzten Opfer des journalistischen Voyeurismus, der nur liefert, was sich vermarkten läßt. Gleichzeitig kann das Publikum täglich mehrfach in Talkshows und Reality-TV-Sendungen beobachten, daß nicht-prominente Zeitgenossen immer häufiger bereit sind, öffentlich über persönliche und intime Probleme zu sprechen. Inzwischen hat in der Öffentlichkeit eine breite Diskussion über das Für und Wider dieser Sendungen begonnen. Konsequenzen werden gezogen. Unmittelbar davor hatten die Akademie und die Landesarbeitsgemeinschaft für Jugendfilmarbeit und Medienerziehung ein Seminar über die "neue Vermarktung des Privaten in den Medien" organisiert.

Prof. Dr. Gary Bente vom Psychologischen Institut der Universität zu Köln hat mit seinem Team die erste große Studie zur Wirkung des sogenannten Affektfernsehens vorgelegt. In Tutzing erläuterte er die vier Merkmale dieses Genres: "In den Sendungen werden Einzelschicksale in den Mittelpunkt gerückt. Die Geschichten und Darstellungen der Personen sind authentisch. Im Vordergrund stehen Themen aus dem privaten Bereich und persönliche Belange. Die intimen Themen werden häufig emotional präsentiert, indem die Kamera die Akteure häufig in stark bewegten Momenten zeigt."

### Motive

Was treibt nun die Mutter von nebenan und den Arbeiter von gegenüber dazu, in Sendungen mit Titeln wie "Hilfe - mein Sohn ist schwul" oder "Wir haben keinen Sex mehr" oder auch "Ich bekehre jede Lesbe" (Originaltitel der 12. Programmwoche) aufzutreten und intimste Dinge vor einem Millionenpublikum von sich zu geben? Bentes Team konnte in zahlreichen Interviews mit Studiogästen vor allem drei Motive ausmachen:

- Selbstdarstellung als seelisches Grundprinzip eines "exhibitionistischen Typs"
- Selbsterfahrung erproben, ob sie die Situation meistern können
- Appell an Individuen und Gesellschaft durch das Medium Fernsehen. Viele Kandidaten wollen "einfach nur

dabei sein", mehr über das Fernsehen hinter den Kulissen erfahren. 27 Prozent bezeichnen sich als "Zaungäste": 31 Prozent wollen als Ideologen und Propagandisten eine Botschaft transportieren. 12 Prozent wollen einfach nur TV-Star sein. 13 Prozent müssen als Patienten verstanden werden, die Hilfe brauchen und erwarten.



Medienforscher Gary Bente: "Wenn Talkshows ins Peinliche umkippen, werden sie als negativ empfunden". Fotos: Schröder

Die Wirkung, die sich die Studiogäste von ihrem Auftritt in der Sendung versprechen, tritt oft nicht ein. Dennoch, so Bente, gibt es ein erstaunliches Ergebnis: "Die meisten Kandidaten behalten nach ihrem Auftritt ein positives Grundgefühl in Erinnerung." Zum einen bliebe der Eindruck, daß sie und ihr Problem ernst genommen worden

seien und daß sie die Situation gemeistert hätten. Zum anderen erführen die Kandidaten auf längere Sicht oft gute Wirkungen ihres Auftritts. Die Rückmeldungen seien meist positiv bis hin zu Ansätzen eines "Star-Kults", was auf eine hohe Akzeptanz von solchen öffentlichen Auftritten schließen lasse. Kritik und negative Erfahrungen würden von den Betroffenen meist abgewehrt.

Talkshows im Nachmittagsprogramm sind ein großer Publikumserfolg. Werbeminuten in diesen Sendungen sind langfristig ausgebucht. Deshalb interessierte das Forscherteam um Gary Bente auch die Frage nach den Motiven der Zuschauer. Sind die Programme "Bügel-Fernsehen" für Hausfrauen, Rentner und Arbeitslose? Die Studie kommt zu ganz anderen, viele überraschenden Ergebnissen: Talk ist keine Frauendomäne: 40 Prozent der Zuschauer sind Männer. Zwar gibt es Vorlieben bestimmter Altersgruppen für bestimmte Moderatoren (Kids lieben Arabella, Rentnerinnen Hans Meiser). Prinzipiell sind jedoch alle Alters- und Bildungsgruppen vertreten, wenn auch mit höherem Bildungsgrad die Distanz zu diesem Genre zunimmt. Bente: "Talkshows werden von Otto Normalverbraucher und Lieschen Müller gesehen!"

### Flop mit Tiefgang

Identifikation und Problembewältigung stehen ganz oben auf der Liste der Motive des Publikums, gefolgt von Entspannung, Information und Zeitvertreib. Die häufigsten und beliebtesten Themen sind Familienfragen, Beziehungsprobleme und Gesundheitsfragen. Die Sendung muß einen emotionalen Spannungsbogen aufbauen, aber die Situation darf auf keinen Fall peinlich werden. Die Bewältigung dieses Balanceakts ist Aufgabe des Moderators. Wenn Talkshows ins Peinliche umkippen, werden sie als negativ empfunden. Die Sicht der Redaktionspraxis boten Iris Stelzner, Redaktionsleiterin bei "Arabella" (dem bei Jugendlichen erfolgreichsten Format) und Oliver Brendel, dort Chef vom Dienst. Bei der Themenwahl gebe es einen deutlichen Trend hin zu Sexthemen. "Die Einschaltquote ist wie eine Schulnote:

17 Prozent sind eine Eins mit Stern, acht Prozent sind eine Fünf", so Iris Stelzner. Und unter den "Top 50" des letzten Jahres seien nun einmal 38 Prozent Sexthemen. Kommerzielles Fernsehen finanziere sich aus Werbung, und die Werbewirtschaft schaue auf die Quoten und den Marktanteil bei den bis zu 49-jährigen. "Danach richten wir unser Programm aus." Sendungen mit Tiefgang und anspruchsvollen Themen, hinter denen die Redaktion stünde, hätten sich in der Zuschauergunst als Flop erwiesen. Nach den eigenen Marktforschungen seien die Zuschauer in erster Linie an den Themen, danach an den Gästen und schließlich an der Moderatorin interessiert. Überraschungsgäste und Alltagsthemen sowie Showeinlagen seien besonders beliebt. Lauter Streit ("Brüllshows") käme dagegen beim Publikum schlecht an.

## Ethische Grenzen

In der Diskussion mit den Tagungsteilnehmern wurde nach den rechtlichen und ethischen Grenzen dieser Sendeform gefragt. Iris Stelzner beklagte, daß es keine verbindlichen und eindeutigen Vorgaben der Landesmedienanstalten gäbe. Die Redaktion wisse nie genau, wann sie mit einer Anzeige und einem Verfahren z.B. wegen Jugendgefährdung rechnen müsse. Bisher habe es erst eine Anhörung gegeben, die aber nicht zu einer Rüge geführt hätte. Die "Arabella"-Redaktion habe sich deshalb selbst einen "Bhrenkodex" auferlegt. So würden Kinder unter 16 Jahren nicht als Talkgäste eingeladen. Andere Redaktionen seien da sehr viel großzügiger. Bei Verstößen gegen den Redaktionskodex drohe dem Redakteur eine Abmahnung und im Wiederholungsfall die Kündigung. Eine weitere Frage galt den Gästen der Show: "Wie fühlen sich die Kandidaten, wenn sie vor Publikum offen intimste Probleme ausgebreitet haben? Werden sie anschließend betreut?"



*Iris Stelzner, Redaktionsleiterin bei "Arabella": "Einschaltquoten sind wie Schulnoten".*

Die Redaktionsleiterin von "Arabella" gab zu, daß dafür keine Zeit und kein Personal da sei. "Aber wir halten nach den Sendungen regelmäßig persönlichen oder schriftlichen Kontakt.

## Einfluß auf Normen und Werte?

Die Leute schreiben uns, daß sie sich danach gut fühlten und aus der Umgebung positive Rückmeldungen gekriegt haben." Als Beleg zitierte sie

Einig waren sich alle Teilnehmer, daß insgesamt die Qualität der Talksendungen verbessert werden müsse. Dies treffe vor allem auf Inszenierungen zu, bei denen ungeschulte Moderatoren in die Bereiche der Therapie vorstoßen. "Nicht immer halten die Moderatoren, die Lebenshilfe anbieten, das, was sie versprechen", urteilte Bente. Ein Lehrer stellte die Frage, inwieweit die Darstellung von Sex und Gewalt durch Studiogäste zu Tageszeiten, an denen für Kinder keine Zugangsbeschränkungen zum Fernsehen bestehen, Einfluß auf die Normen- und Werteentwicklung nehme. Die "Arabella"-Redakteure konterten mit dem Verweis auf frei zugängliche Illustrierte und Zeitschriften wie "Bravo", über die sich niemand aufrege, die aber weit über das im Fernsehen Gezeigte hinausgingen.

Wie stark die Wirkung der Nachmittagsfalks ist, demonstrierte kürzlich das ZDF. Die Zuschauer wurden aufgefordert, telefonisch einen "bekanntesten Schauspieler" zu erraten, der seinen Ruhm vor allem einer "Paraderolle als Geistlicher" verdanke. Gemeint war Günter Strack. Der erste Anrufer tönte siegesgewiß ins Telefon: "Jürgen Fliege". ■

Michael Schröder



**Karikatur: Markus Grolnik**

einen Brief eines Vaters eines ermordeten Mädchens, der zum ersten Mal vor der Kamera über den Fall gesprochen hatte. Er bedankte sich bei der Redaktion für die gute Aufnahme und den sensiblen Umgang mit ihm und dem Thema.

## **Analysen und Zeugen der zweiten deutschen Diktatur**

Die 2. Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages zur "Überwindung der Folgen der SED-Diktatur" legt demnächst ihre neuen Ergebnisse vor. Der Bundesgerichtshof wird noch in diesem Jahr über das Revisionsbegehren der Staatsanwaltschaft und der Verteidigung gegen das Urteil des Berliner Landgerichts im Politbüro-Prozess (Krenz und andere) entscheiden. Im Rahmen einer Tagung für Geschichts- und Sozialkundeforscher unter dem Titel: "Die SED-Diktatur: Forschungsergebnisse - Erfahrungen - Bewertungen" präsentieren historische und juristische Experten ihre Erkenntnisse. Das von der Tagungsleitung angestrebte Ziel "wissenschaftliche Analyse mit Zeitzeugen zu verbinden" (Dr. J. Weber) erwies sich dabei als geglücktes Konzept. Ausgehend von spannenden, teils erschütternden Biographien konnten die Herrschafts- und Machtstrukturen des SED-Staates im Detail aufgezeigt werden.

Dr. Armin Mitter von der Berliner Humboldt-Universität, erläuterte zu Beginn der Veranstaltung die konstituierende Bedeutung des 17. Juni 1953 für die "innere Staatsgründung" der DDR. Die Protestwelle, die aufgrund ihres quantitativen Ausmaßes über einen reinen "Arbeiteraufstand" hinausging, hätte der Staatsführung vor Augen geführt, daß sie von nun an "ge-

gen die Mehrheit des Volkes regieren müßte". In traumatischer Weise prägte dieses Datum die Staatsführung bis zum Zusammenbruch der DDR und war Initialzündung zum Aufbau des SED-Machtapparates.

### **Regime gegen die Mehrheit des Volkes**

Ein erschütterndes biographisches Zeugnis war der Beitrag von Achim Beyer. Er berichtete in bewegenden Worten wie er 1951 als 19-jähriger Oberschüler der DDR, als einer von 19 Mitglieder einer jugendlichen Widerstandsgruppe, die sich ausschließlich mit friedlichen Mitteln wie Flugzettel-Aktionen artikuliert, zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, und wie er die unmenschlichen Haftbedingungen ertrug. Derzeit arbeitet Beyer an einer wissenschaftlichen Arbeit zu diesem Fall, der zu den spektakulärsten der DDR-Unrechts-Justiz zählt. Er muß dabei die Erfahrung machen, daß viele seiner damaligen Mitverurteilten noch immer nicht in der Lage sind, über ihre Opferrolle zu sprechen.

### **Bedeutung der Perestrojka**

Dr. Fritz Arendt, langjähriger Landesbeauftragter für die Stasi-Akten in Sachsen, umschrieb mit dem sprichwörtlichen Ausdruck „wohnhaft in der DDR“ sein Lebensgefühl im Alltag der Diktatur. Das Geschichtsverständnis und die Realitätswahrnehmung sei wie in allen Diktaturen nur partiell gewesen, weshalb deutsche Geschichte beispielsweise nur als proletarische deutsche Geschichte existierte. Für wichtig hielt Arendt auch die Feststellung, daß es ohne die Perestrojka in der UdSSR die Wende in der DDR sicher nicht gegeben hätte, da die Sowjets unzweifelhaft den Aufstand niedergeschlagen hätten. Arendt sieht noch zwei weitere entscheidende Katalysatoren. Zum einen die offenkundig ge-

wordenen Wahlfälschungen bei den DDR-Kommunalwahlen im Mai 1989, die die Glaubwürdigkeit der SED endgültig erledigten. Und zum zweiten das Signal, das Egon Krenz mit seinem China-Besuch gab, nach der dortigen Niederschlagung der Proteste auf dem Platz des Himmlichen Friedens. Als am 9. November sich der spürbare Veränderungsdruck in einen Ausreisepressure wandelte, sei die DDR nicht mehr zu halten gewesen.

Am Fallbeispiel des Robert Havemann-Prozesses, bei dem er 1997 als Gutachter auftrat, legte der stellvertretende Direktor des Dresdner Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung Dr. Clemens Vollnhals dar, wie die politische Justiz in der DDR funktionierte.

### **Gerichtsverhandlung als Theaterstück**

Akribische, teils wörtliche Planung der Prozesse durch das MfS, abgesehen von höchsten Funktionären, von Mielke bis Honecker, machten die Gerichtsverhandlungen zur "Uraufführung eines Theaterstückes für die Öffentlichkeit". Obwohl Vollnhals den Havemann-Prozess als Sonderfall bezeichnete, erlaubten die vorhandenen Dokumente aufschlußreiche Einblicke in die Struktur der DDR-Justiz. Durch die Unterdrückung jeglicher Kritik als "staatsfeindliche Hetze" sei dem Land die Reformfähigkeit zur Gänze geraubt worden. Dadurch habe das MfS letztlich auch aktiv zum Untergang der DDR beigetragen. Die wegen Rechtsbeugung angeklagten Richter und Staatsanwälte wurden Ende 1997 allerdings freigesprochen. Das Gericht sah in ihnen bloß weisungsgebundene Justizfunktionäre, die im Rahmen der DDR-Justiz gehandelt hätten. ■

Die folgenden Beiträge bringen wir in gekürzter und redigierter Fassung.

# Verantwortung und Verantwortliche

von Oberstaatsanwalt Bernhard Jahntz

**War die Souveränität der DDR eine "Lebenslüge", so die Behauptung von Egon Krenz, und der SED-Staat in Wirklichkeit ein unfreier Marionettenstaat der UdSSR, der kaum eigene Handlungsspielräume besaß, insbesondere was die Sicherung seiner Grenzen betraf? Oberstaatsanwalt Bernhard Jahntz, Anklagevertreter im Politbüro-Prozeß vor dem Landgericht Berlin gegen Egon Krenz, Günter Kleiber und Günther Schabowski, analysierte und widerlegte diese Verteidigungslinie der Angeklagten und stellte den Prozeß gegen die Mitglieder des Politbüros in wichtigen Teilen vor. Die Todesschüsse an der innerdeutschen Grenze und das dort installierte Grenzregime standen im Mittelpunkt der Frage nach der Verantwortung und den Verantwortlichen der SED. Laut Jahntz machten die Angeklagten im Kern folgende Argumente geltend:**

An der Nahtstelle der zwei feindlichen Blöcke, so der Angeklagte Krenz, sei die DDR in der Gestaltung der Grenzsicherung nicht frei gewesen. Die UdSSR hätte sich diesen Bereich vorbehalten. Die Souveränität der DDR sei deshalb ausschließlich eine Souveränität nach innen gewesen. Die angesprochene "Lebenslüge" von der Souveränität der DDR sei letztlich nötig gewesen, um sich nach außen besser zu positionieren. Das Grenzregime war Folge des Kalten Krieges, der Spaltung Deutschlands, der Nichtanerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft sowie der Bündnisverpflichtungen der DDR. Dies habe schließlich die Mitglieder des Politbüros auch davon abgehalten unrealistischen Gedanken nachzuhängen. Im Ergebnis sei der Flüchtling dafür verantwortlich, sich den Konsequenzen des Grenzregimes ausgesetzt zu haben, da er über die Folgen informiert war. Zu berücksichtigen sei auch, daß Grenzsicherung letztlich immer Schutz vor dem "NATO-Aggressor" bedeutete.

## „Freundwärtige“ Minen

Diese Einlassungen waren jedoch mehr als durchsichtig. Das Grenzregime, das primär Gegenstand des Verfahrens war, richtete sich in all seiner technischen Ausgestaltung nämlich nicht gegen den "NATO-Aggressor", sondern ausschließlich gegen die eigenen Bürger. So waren die Splitterminen an der innerdeutschen Grenze "freundwärts", also in Richtung DDR angebracht. Sie wandten sich demzufolge nicht nach außen, zur Abwehr

des äußeren Feindes, sondern nach innen, gegen die eigene Bevölkerung. Der Schußwaffengebrauch und die Verminung des Grenzgebiets wurden des weiteren von den Angeklagten damit zu rechtfertigen versucht, daß es sich dabei um ein militärisches Sperrgebiet gehandelt habe und daß die Bevölkerung durch Hinweisschilder "Vorsicht Schußwaffengebrauch" davor gewarnt worden sei. Als Beleg zitierte man Jahresberichte des Bundesgrenzschutzes, in denen in der Tat das Grenzgebiet als militärisches Sperrgebiet bezeichnet wurde.

## Militärisches Sperrgebiet?

DDR-interne Dokumente jedoch, beispielsweise aus den Jahren 1980 und 1988, offenbarten eine Diskussion, ob man das Gebiet nun zum Sperrgebiet erklären *solle*. Daraus geht hervor, daß es sich dort um *kein* militärisches Sperrgebiet handelte. Daß man es in der Folge auch nicht dazu machte, hatte ganz praktische Gründe. In der Konsequenz hätte man dort Zwangsaussiedlungen durchführen müssen. Ein solches Gebiet verträgt sich seiner Natur nach nicht mit Siedlungen, Fabriken und Bauernhöfen. Aus Sicht der Strafverfolgungsbehörden war es für die Rechtswidrigkeit des Schußwaffengebrauchs und der Verminung jedoch nicht einmal von entscheidender Bedeutung, ob es sich dort um ein militärisches Sperrgebiet handelte oder nicht.

Egon Krenz erklärte des weiteren, daß er nicht Schuld auf andere abwälzen



**Bernhard Jahntz: Verräterische Argumentation der Angeklagten**

wolle und trat die Flucht nach vorne an. Besonders empört sei er, daß Grenzsoldaten wegen der Todesschüsse verfolgt würden. Das habe es in keinem Krieg - welcher der Kalte Krieg nun einmal war - gegeben, daß man Soldaten für den befehlsgemäßen Schußwaffengebrauch verurteilt hätte, so Krenz. Verräterisch an dieser Argumentation ist jedoch, daß es sich hier nicht um feindliche Soldaten handelte, sondern um die eigene zivile und unbewaffnete Bevölkerung.

## Bedrohung durch die eigene Bevölkerung

Jene Menschen, die aus der DDR flüchten wollten, wurden damit zu Kriegsfeinden gestempelt, die es mit militärischen Mitteln zu bekämpfen galt. Man fühlte sich durch solche Bürger scheinbar in der Tat militärisch bedroht und betrachtete damit letztlich die eigene Bevölkerung als Gegner und Feinde. Hinzu kam, daß die Grenzsoldaten nicht Teile der Polizei, sondern der NVA, also des militärischen Bereichs waren. Als Polizeitruppen hätten sie ähnlich wie der Bundesgrenzschutz - und wie in Friedenszeiten üblich - nur mit polizeilicher Ausrüstung, also mit Pistolen und Gummiknüppeln bedacht werden dürfen. Die Ausübung ihrer Aufgabe hätte das aber kaum zugelassen.

Die DDR-Führung hatte keine Mühe, sich auch über sowjetische Vorstellungen hinwegzusetzen, so konnten auch folgende Widersprüche über die gegebenen Handlungsspielräume der DDR von Krenz nicht aufgeklärt werden:

Bezüglich des Abbaus der Splitterminen, zu dem es schließlich 1983/84 kam, wurde erklärt, dies hätte zur angeblich schwersten Krise mit der UdSSR geführt und der stellvertretende Verteidigungsminister Strelitz sei deshalb im Juni 1984 nach Moskau zum Rapport bestellt worden - später auch Honecker.

## Spielräume waren vorhanden

Abgesehen davon, daß es nicht belegt ist, ob diese Krise tatsächlich in der dargestellten Form stattfand, ist dies jedoch der beste Beweis dafür, daß es Gestaltungsmöglichkeiten gab und diese auch genutzt wurden. Mit dem Minenabbau wurde, ohne die Sowjets zu konsultieren, 1983 begonnen, erst im Juni 1984 als man längst *gehandelt* hatte, sei die Krise ausgebrochen. Das Grenzregime und die Außenpolitik waren sehr wohl von der SED-Führung zu beeinflussen und gerade wenn es um Geld ging, zeigte sich dies sehr deutlich. So gab es sowjetische Negativbefehle, daß Franz Josef Strauß von Honecker nicht empfangen werden sollte. Strauß *wurde* jedoch empfangen. Auch beim Honecker-Besuch in der Bundesrepublik, zu dem es schließlich nach Verzögerungen im Herbst 1987 kam, wurde Gorbatschow im Vorfeld des Besuchs nicht mehr eingeschaltet, obwohl sowjetische Zustimmung angeblich ja nötig war.

## Fazit:

Die These von der notwendigen "Lebenslüge der DDR" ist also im wesentlichen als eine verklausulierte Schutzbehauptung zu verstehen, die auf eine Art Befehlsnotstand hinausläuft. Obwohl die DDR sicherlich nicht in vollem Umfange souverän war, so war sie, was die *Grenzsicherung nach innen* betraf, sehr wohl frei. Sie hatte Handlungsspielräume und sie hat diese Spielräume insbesondere in der Ausreisefrage *gegen* die eigene Bevölkerung auch genutzt. ■

Mit dem Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker auf dem SED-Parteitag 1971 wurde auch das von Ulbricht vertretene Konzept einer "Modernisierung durch Konsumverzicht" durch Honeckers Vorstellungen einer Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie zusätzlichen Konsumerhöhungen abgelöst. Der Wirtschaftshistoriker Dr. Rainer Karlsch von der Berliner Humboldt-Universität und Gutachter der Enquête-Kommission verdeutlichte vor allem am Beispiel der Wohnungspolitik wirtschafts- und sozialpolitische Unsinnigkeiten in der Honecker-Ära. Die Probleme der Auslandsverschuldung, die Wirtschaftskonzentration und die Militarisierung der DDR-Ökonomie bildeten weitere Schwerpunkte.

## Ohnmacht der Ökonomen Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Honecker-Ära

von Dr. Rainer Karlsch, Humboldt-Universität, Berlin

Die Traditionalisten in der SED (Mielke, Honecker, Stoph) hatten sich mit Unterstützung Moskaus gegenüber dem reformerischen Flügel der SED, den *Nationalkommunisten* (Apel, Mittag) durchgesetzt. Angesichts der



Dr. Rainer Karlsch

Versorgungsengpässe, der Wohnungsnot und der Energiekrise gegen Ende der 60er Jahre war wegen drohender Streiks und Unruhen, das von Honecker favorisierte Vorhaben, einen Zuwachs des Nationaleinkommens in Lohn- und Konsumerhöhung zu stecken, auch der pragmatischere Weg. Honecker trat mit einem umfassenden Wohnungsbauprogramm an. Die Wohnungspolitik wurde in der Honecker-Ära zum wichtigsten Element der Sozialpolitik und gewann bei Mieten die Bedeutung einer zweiten Lohntüte. Von 1976 bis 1990 sollten mit ei-

nem Finanzvolumen von 200 Milliarden Mark insgesamt 3 Millionen Wohnungen errichtet werden. Ein Ziel, das weit verfehlt wurde. Auch wenn die offizielle Bilanz gegen Ende der DDR 2,8 Millionen Wohnungen auswies, so waren es tatsächlich lediglich 1,7 Millionen. Des Rätsels Lösung

### „Die Plattenbauweise wurde zum Synonym einer in Stein gegossenen Planwirtschaft“

war ein Trick in der Statistik. Erfasst wurden alle "fertiggestellten Wohnungen" und so konnten auch frisch gestrichene oder neu tapezierte Wohnungen miteingerechnet werden. Der dramatische Verfall der Wohnungen - 1989 waren 42 Prozent der Gebäudesubstanz verschlissen - hatte seine Ursache vor allem in den künstlich niedrig gehaltenen Mieten. Zum einen waren Privatwohnungen völlig unrentabel, zum zweiten fehlte die Eigenkapitalbasis, um Sanierungen finanzieren zu können. Bauherr war der Staat, und da sich Einheitlichkeit leichter planen läßt, wurde die Plattenbauweise zum Synonym für eine "in Stein gegossene Planwirtschaft".

Bezahlt wurde vieles, vor allem zu Beginn der Honecker-Ära, durch die Inkaufnahme einer immer höheren Auslandsverschuldung. Um das Finanzierungsdesaster in den Griff zu

bekommen und die Auslandsschulden bedienen zu können, fiel der Devisenbeschaffung eine zunehmend wichtigere Rolle zu. Doch die massive Förderung von Exportkombinaten entwickelte sich zum gigantischen Subventionsfresser, da die Produkte auf dem Weltmarkt nicht annähernd wettbewerbsfähig waren. Das Beispiel des ehrgeizigen Mikroelektronik-Projekts ab 1976 zeigte dies exemplarisch.

Die Unbeweglichkeit der DDR-Wirtschaft war im wesentlichen auf ihre extreme Konzentration zurückzuführen. Gegen Ende der 80er Jahre besaß die DDR eine völlig überdimensionierte Wirtschaftsstruktur. So existierten 1989 noch lediglich 200 Kombinate mit 3400 Betrieben, die Beschäftigtenzahlen pro Betrieb lagen damit zehnmal höher als in der Bundesrepublik. Da es keine Absatzmärkte für die Produkte gab, konnte man auch die gigantischen Stückzahlen, die nötig gewesen wären, um in die Gewinnzone zu gelangen, nicht erreichen. Auch der vorgesehene Technologietransfer zwischen den RGW-Staaten, um die Märkte zu vergrößern, fand nicht statt. Aufgrund des *genetischen Codes* der Planwirtschaft entsprach die Zentralisierung jedoch der internen Logik des Systems. Zur zentralen Steuerung war eine überschaubare Wirtschaftsstruktur notwendig. So widersprachen prinzipiell private Akteure auch dem zentralen Machtanspruch des Staates auf ökonomischem Gebiet.

Eine bisher viel zu wenig thematisierte Tatsache ist ferner die Militarisierung der DDR-Wirtschaft: Der Gesamtkomplex der Ausgaben in diesem Bereich wurde systematisch verschleiert. Neben den offiziellen Militärausgaben waren im sog. "Sonderbereich" des Staatshaushalts enorme Summen versteckt. Mitte der 80er Jahre lagen die Militärausgaben bei ca. 11 Prozent des Nationaleinkommens und damit höher als in allen europäischen Staaten. Für die DDR-Wirtschaft bedeutete dies eine extreme absolute Belastung, dennoch war sie nicht ursächlich für die Krise der Staatsfinanzen. Verantwortlich dafür dürfte die gigantische Subvention der Exportkombinate und die Preisstützung im Inlandsmarkt gewesen sein. ■

## Opposition und Widerstand in der DDR

von Ilko-Sascha Kowalczyk

Am späten Abend des 9. März 1980 sprengte Joseph Kneifel mit einer selbstgebastelten Bombe das sowjetische Panzermonument in Karl-Marx-Stadt (Chemnitz). Kneifel erhielt für diese mutige, die Legitimation der SED-Diktatur bis ins Mark erschütternde Tat eine lebenslange Haftstrafe. Im selben Jahre kursierten in mehreren Bezirken der DDR Flugblätter, in denen gefordert wurde: "1. Nenne niemals dieses System demokratisch, weil es eine Militärdiktatur ist!

2. Sprich, lies oder denke keinen Gedanken mehr, von dessen Richtigkeit Du nicht überzeugt bist!

3. Abonniere keine Zeitung, sieh kein Fernsehprogramm, besuche keine Theateraufführung, die die Wahrheit entstellt!

4. Tritt keiner Partei und keiner Massenorganisation bei, die in irgendeiner Form Lügen verbreitet! Verweigere die Teilnahme an politischen Massenkundgebungen, nimm nicht teil an den 'Wahlen'!..."

### Scheinbare Befriedung

Das Jahr 1980 war in der Geschichte der DDR kein ungewöhnliches Jahr, auch wenn die Panzersprengung singular blieb. Das zitierte Flugblatt dagegen läßt sich in variantenreichen Formen zu jeder Zeit der DDR-Geschichte nachweisen. Als 1980 das letzte Jahrzehnt des europäischen Sowjetkommunismus begann, deutete in der DDR nichts darauf hin, daß es die SED-Herrschaft am Ende des Jahrzehnts nicht mehr geben würde. Es hatte den Anschein, als wäre die Gesellschaft weitgehend befriedet, als würden sich nur wenige, in der Öffentlichkeit ohnehin zumeist unbekannte Personen systematisch gegen das System auflehnen.

### Gesellschaftliche Totalkritik

Die Opposition begann sich 1982/83 auszudifferenzieren. Einige Teile hielten allein am Friedensgedanken fest, andere konzentrierten sich auf spezi-



**Der Berliner Historiker und Publizist Ilko-Sascha Kowalczyk, der wegen einer abgebrochenen Offizierskarriere bei der NVA jahrelang unter Druck gesetzt wurde, warnte davor, die DDR-Opposition als Monolith zu begreifen. Besonders in der Frage der deutschen Einheit hätten sich der reformsozialistische, der bürgerliche sowie der sozio-kulturelle Widerstand in seinen Zielvorstellungen erheblich unterscheiden. Opposition und Widerstand in der DDR, erklärte Kowalczyk, gehörten sicher zum Besten, was die jüngste deutsche Geschichte hervorgebracht habe.**

elle Aspekte wie Umweltfragen, Militarisierung der Gesellschaft oder Geschlechterprobleme. Allen war aber gemein, daß ihre spezielle Kritik an gesellschaftlichen Teilerscheinungen auf eine gesellschaftliche Totalkritik hinauslief. Das mußte dem einzelnen überhaupt nicht bewußt sein. Aber in einem Staat, in dem eine einzelne Partei ihren Anspruch nach alles kontrollieren, überwachen wollte, in dem faktisch nichts ohne ihren Willen und nichts gegen ihre Ideologie geschehen durfte, waren vermeintlich nebensächliche Forderungen etwa nach Presse-, Versammlungs- und Meinungsfreiheit oder nach Einführung eines zivilen Ersatzdienstes gleichbedeutend mit einem Angriff auf das gesamte System. Die Opposition in der DDR hatte viele Gesichter. Die bewußt politische und sich selbst als Opposition be-

greifende Gruppe war alles in allem klein und auf wenige Regionen und Großstädte begrenzt. Sie war zudem von Spitzeln des Ministeriums für Staatssicherheit unterwandert. Ihre Ausdifferenzierung nahm bereits Mitte der achtziger Jahre einen hohen Grad an, so daß es unmöglich ist, von "der" DDR-Opposition zu sprechen.

## DDR-Opposition kein Monolith

"DDR-Opposition" als einheitliche Größe, als Monolith, ist eine Fiktion ihrer Gegner, die heute als Legende zu überdauern scheint. In den programmatischen Erklärungen lassen sich alle möglichen Standpunkte, Forderungen und Anschauungen finden, nur jene nicht, wonach die SED-Diktatur zu erhalten sei. Die Forderung nach Abschaffung der Diktatur war allerdings nicht gleichbedeutend mit der Forderung nach Beseitigung der DDR. Die Demokratisierung ist vielmehr als Voraussetzung bei der Lösung der deutschen Frage angesehen worden.

## Fehlende Alternativmodelle

Gerade die nicht-dogmatische, die nicht-kommunistische Opposition sah ihre Aufgabe darin, Prozesse und Entwicklungen anzuschieben, aber nicht schon wieder mit fertigen Modellen und Strukturen aufzuwarten, um das eine perfekte System gegen ein neues perfektes System auszutauschen. Das ist auch der Grund dafür, warum gesamtgesellschaftliche Alternativvorschläge fehlten und die deutsche Frage insgesamt eher am Rande diskutiert wurde. ■

## 22 Staaten in der Akademie vertreten

Zum ersten Mal waren die Berufskonsuln des in Bayern akkreditierten Konsularkorps zu einer eigenen Veranstaltung in der Akademie. Immerhin waren am 17. März zwei Drittel der in Bayern durch Berufskonsuln vertretenen Staaten der Einladung zu einem Ausflug an den Starnberger See gefolgt, angesichts der gefüllten Terminkalender eine vorzügliche Beteiligung, die für das Interesse an der Akademie spricht. Akademiedirektor Prof. Heinrich Oberreuter stellte den Diplomaten Aufgaben und Tätigkeit des Hauses vor. Anschließend diskutierten die Staatenvertreter mit Landtagspräsident Johann Böhm, Alexander Gorkow von der Süddeutschen Zeitung und dem Hausherrn darüber, welchen Spielraum und welche Wirkung eigenständige bayerische Politik angesichts globaler Herausforderungen und Einflußnahmen haben kann. Durch das Haus führte Klaus Grosch; die Tagung hatte Dr. Horst Denzer organisiert.



*Gruppenbild mit Damen:  
Landtagspräsident Böhm (Mitte) und Alexander Gorkow  
(Süddeutsche Zeitung, rechts) diskutierten mit den in Bayern  
akkreditierten Berufskonsuln über europäische Herausforderungen*

*Foto: Denzer*

## NAMEN UND NACHRICHTEN AUS DER AKADEMIE

**Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter** referierte beim Thüringer Philosophentag in Jena zum Thema „Wieviel Elite verträgt und benötigt die Demokratie?“, sprach bei der Tagung „Germany and the 1998 Election“ in San Diego über „Candidates and Parties“ und hielt bei der Soirée im Bayerischen Landtag den Vortrag „Macht-

volle Länder - machtlose Landtage?“  
(siehe Seite 43)

**Dr. Horst Denzer** war im April 1998 auf Einladung des Polnischen Generalkonsulats in München 5 Tage in Krakau und Warschau und führte dort u.a. Gespräche in Vorbereitung künftiger Akademietagungen.

**Dr. Uwe Kranenpohl** hat an der Universität Passau den Lehrauftrag: „Prime ministerial government“ oder „Staatsleitung zur gesamten Hand“? Parlament und Regierung im internationalen Vergleich“ übernommen.

## Jugendbeteiligung darf keine Spielwiese sein

„Mitentscheidung oder Partizipationsplacebo?“ fragte die Akademie etwas provokant im Titel Ihrer Veranstaltung. Es ging um die Frage, wie Jugendliche sinnvoll an Entscheidungen in den Städten und Gemeinden beteiligt werden können. Um Antwort bemühten sich Kommunalpolitiker, Vertreter von Jugendpflege und Jugendverbänden, Wissenschaftler und nicht zuletzt Jugendliche, die über ihre praktischen Erfahrungen mit verschiedenen Beteiligungsmodellen berichteten.

Doris Kirschner von der Kommunalen Beratungsstelle in Graz, die bereits eine Vielzahl von Beteiligungsprojekten betreut hat, machte zunächst deutlich, daß es nicht ein Modell erfolgreicher Jugendbeteiligung gebe. Eini-

freiwillig sein sowie immer von Erwachsenen begleitet werden. Die Verfahren müssten transparent, zeitlich überschaubar und vor allem jugendgerecht sein. Zukunftswerkstätten hätten sich dabei außerordentlich gut be-

als allgemein angenommen wird“, meinte Kirschner. „Natürlich wünschen sich Jugendliche ein Hallenbad in ihrem Dorf. Aber es tut auch ein Schwimmbadbus in den Nachbarort.“

### Enormes Engagement

Am Beispiel der Großstadt Graz dokumentierte auch Brigitte Pabst, wie detailliert und umsetzungsorientiert die von den Jugendlichen mit enormem Engagement entwickelten Konzepte sein können. Das beschränke sich auch nicht etwa nur auf Spielplatzgestaltung: „Beim Radwegebau oder der Schulwegsicherung kennen die Kinder und Jugendlichen die Gefahrenstellen viel besser als wir Erwachsene.“

Die Vielfalt möglicher Beteiligungsformen und die Notwendigkeit ju-



Karikatur: Mester

ge allgemeine Grundsätze seien aber allgemeingültig. Oft werde der Fehler gemacht, die repräsentative Form der Kommunalvertretung nachzustellen, doch sei diese in keiner Weise jugendgerecht. So müsse die Beteiligung an den Projekten immer und jederzeit

währt. Die Ergebnisse werden immer dokumentiert und unerlässlich - für die Kommunalpolitiker mitunter schmerzlich - ist das Feedback der Gemeinde, ob und wie die Vorschläge der Jugendlichen umgesetzt wurden. „Dabei sind Jugendliche übrigens viel realistischer

genzspezifisch zu arbeiten betonte auch Benno Hofbrückl vom Bezirksjugendring Niederbayern (siehe Kasten). Um den Jugendlichen zu zeigen, daß man sie ernst nehme, lade man sie in vielen Kommunen in die Rathäuser ein. Viel effektiver sei es, sie dort ar-

beiten zu lassen, wo sie gerne sind, also etwa im Jugendzentrum.

Die präsentierten Projekte zeigten eine große Spannweite an Formen und Erfahrungen. Die schon länger einigermaßen erfolgreich arbeitenden Projekte wie etwa das Münchner Jugendforum oder der Jugendbeirat der Großen Kreisstadt Landsberg/Lech begreifen sich stets als „Work in Progress“. So beschrieb Franzi Luhn, wie das Jugendforum der Landeshauptstadt aus dem „Kinder- und Jugendforum“ hervorging, als die Jugendlichen eine eigenständige Beteiligungsform für ihre Altersgruppe einforderten.

## Projektbezogen

Auch Moritz Hartmann betonte, der Landsberger Jugendbeirat formiere seine Arbeit ständig neu, um möglichst viele Jugendliche zu erreichen. So tage man rotierend in allen Jugendtreffs: „Und im Sommer gehen wir natürlich auch mal auf die Skateboardbahn“. Andererseits zweifle man natürlich mitunter auch an seiner Arbeit, wenn viereinhalb Jahre nach einem Platz für eine Feuerstelle gesucht werde und am Tag nach der Eröffnung bei der Polizei die erste Anzeige wegen Lärmbelästigung eingehe.

Projektbezogene Arbeit tritt, wie Grit Lasch vom Jugendparlament des Landkreises Kelheim darlegte, selbst in diesem stark repräsentativen Gremium mit sehr großem Betreuungsgebiet (das deshalb von vielen Teilnehmern sehr kritisch beurteilt wurde) zu Tage. Ein neues Diskothekenbuskonzept sei federführend von einem Ausschuß des Jugendparlaments durchgeführt worden.

## Kein Patentrezept

Ein Patentrezept für erfolgreiche Jugendbeteiligung konnte die Tagung leider nicht vorstellen, der Erfahrungsaustausch mit Experten und Praktikern erschloß aber den anwesenden Kommunalpolitikern neue Perspektiven. Wenn die Partizipationsangebote genutzt werden sollen, müssen sie die Jugendlichen in ihrer Lebenswelt abholen, projektbezogen und niedrigschwellig sein. Der Landrat Herbert Eckstein aus Roth brachte es zum

Abschluß der Veranstaltung auf den Punkt:

„Als ich hierher kam, glaubte ich, daß ich in meinem Landkreis irgend eine Form eines Kreisjugendparlaments einrichten würde. Jetzt weiß ich, es

muß anders laufen: Viele miteinander vernetzte Projekte, die auf ganz spezifische Themen bezogen sind und immer nur eine Handvoll Gemeinden umfassen.“ ■

Uwe Kranenpohl

# Fehler ... Fehler ... Fehler ...

## Negativkriterien für politische Beteiligungsformen von Kindern und Jugendlichen

von Benno Hofbrückl, Bezirksjugendring Niederbayern, Vilshofen

Effektive politische Beteiligung von Kindern und Jugendlichen wird verhindert bzw. schwieriger gestaltet,

... wenn das Gebiet, das Thema oder der zeitliche Ablauf für Jugendliche nicht überschaubar ist:

- **Mehr als 2 bis 3 Quadratkilometer sind zuviel**
- **Mehr als 2 bis 3 Lebensjahre sind zuviel!**
- **Mehr als 2 bis 3 Themen sind zuviel!**

... wenn die Gruppe der konkret Beteiligten für die Jugendlichen nicht mehr überschaubar ist:

- **Mehr als 27 Menschen sind zuviel (6 Personen sind ideal)!**

... wenn der Erfolg bzw. die Reaktion auf die Planungsbeteiligung nicht zeitnah erfolgt (oder erfolgen kann), wenn Ergebnisse ewig auf sich warten lassen:

- **Länger als ein halbes Jahr warten ist zuviel!**

... wenn durch die Art der Beteiligung freiwillige Beteiligung nicht möglich ist:

- **Wer muß, der mag nicht lange!**

... wenn Beteiligte nicht für sich selbst sprechen:

- **Bestellung durch Erwachsene ist demotivierend!**

... wenn die Art und Weise der Beteiligung so erfolgt, wie es für Erwachsene üblich ist:

- **Nur reden ist langweilig!**

... wenn die Themen, die zu bearbeiten sind, dem einzelnen, der ganzen Beteiligungsgruppe vorgegeben sind, wenn Erwachsene den Verlauf bestimmen:

- **Fremdbestimmung ist out!**

... wenn es den Entscheidungsträgern egal ist, was die Jugendlichen sagen oder tun:

- **Ohne Ernsthaftigkeit, Unterstützung und Wertschätzung keine Mitbeteiligung!**

... wenn Jugendliche für andere Zwecke mißbraucht werden:

- **Alibi-Funktion und Spielwiesen-Charakter zerstören!**

# Nachbar Tschechien - Geschichte und Zukunft

Experten diskutieren Voraussetzungen einer friedlichen Zukunft

**Vor großem Publikum - fast ausschließlich in der bayerisch-böhmischen Zusammenarbeit Engagierte (in Schulpartnerschaften, Euregiones, sudetendeutschem Engagement für die alte Heimat) - eröffnete die Akademie vom 30. März bis 1. April 1998 ihre Tagung „Nachbar Tschechien“. 80 Jahre nach der Staatsgründung, 60 Jahre nach dem Münchner Abkommen, 50 Jahre nach der Machtergreifung der Kommunisten, 30 Jahre nach dem Prager Frühling ging es primär um die Zukunft der deutsch-tschechischen Nachbarschaft, aber auch um die gemeinsame Geschichte. Denn „Fähigkeit zur Zukunft hat nur, wer die geschichtliche Wahrheit erkennt“ (Bundespräsident Herzog).**

Dr. Alena Miskova, Dozentin an der Karls-Universität in Prag, eröffnete die Tagung mit einer konzisen, abgewogenen, der Wahrheit verpflichteten, aber keine Schuldzuweisungen machenden und keine Seite verletzenden Darstellung der tschechischen Geschichte im 20. Jahrhundert. Sie periodisierte das Verhältnis der Tschechen zu den Deutschen in die „Konflikt-



*Alena Miskova zeigte Perioden deutsch-tschechischer Geschichte auf* Foto: Kühbauch

gemeinschaft“ im Habsburger Reich bis 1918, „Anstatt der Gemeinschaft Konflikt?“ in den ersten 20 Jahren der Republik, „Konflikt anstatt Gemeinschaft“ in den Jahren des Nationalsozialismus. Nach dem 2. Weltkrieg konstatierte sie „Abschub statt historischer Gerechtigkeit“. „Erst in den sechziger Jahren wurden sich die Tschechen bewußt, daß sie die Erben nicht nur der nationaltschechischen Vergangenheit, sondern auch der jüdischen und deutschen Geschichte in Böhmen und Mähren, ihrer Erfolge wie ihrer Verbrechen, waren. Diese Periode ist aber

zu kurz gewesen, um die Mauer des Schweigens über die Rolle der Deutschen in der tschechischen Geschichte zu durchbrechen.“ Erst seit 1989 hat sich dies grundsätzlich geändert. Die tschechische Kultur sollte eine Kultur des Gesprächs werden. Die heutige Sehnsucht nach den europäischen Horizonten verberge zugleich die Angst vor jedem Nationalismus.

## Gemeinsame Interpretationen

Anschließend berichtete Dr. Peter Heumos vom Collegium Carolinum in München über die verdienstvolle Arbeit der deutsch-tschechischen Historikerkommission, gemeinsame Interpretationen der neueren tschechisch-deutschen Geschichte zu finden.

Die Absicht der Tagung, Deutsche und Tschechen mögen nicht übereinander, sondern miteinander reden, klar und deutlich, aber ohne verletzende Absicht, wurde besonders eingelöst in der Podiumsdiskussion über die Sudetenfrage. Das Annehmen der Geschichte wurde von Tschechen und Deutschen einträchtig als Voraussetzung für eine gute gemeinsame Zukunft gesehen. Landtagspräsident Johann Böhm formulierte 3 Voraussetzungen für das deutsch-tschechische Verhältnis: Es kann nicht über die Sudetendeutschen entschieden werden, ohne diese zu beteiligen.

Tschechien hat bei solchen Gesprächen nichts zu verlieren. Ob sich das

Recht auf Heimat für die Sudetendeutschen in irgendeiner - auch nur symbolischen - Form jemals realisieren läßt, liegt in der Entscheidung Tschechiens. Sie wird spätestens bei den EU-Beitrittsverhandlungen fällig werden.

Böhm schloß: „Wenn die sudetendeutschen Anliegen durch einen vernünftigen Ausgleich gelöst werden, können die Sudetendeutschen für



*Landtagspräsident Böhm: „Sudetendeutsche Anliegen durch einen vernünftigen Ausgleich lösen“*

Tschechien mehr als nur eine Brücke in die gemeinsame europäische Zukunft sein. Sie sind ein Bestandteil der europäischen Zukunft, wie sie auch ein Bestandteil der europäischen Geschichte gewesen sind.“

Wie gut die tschechisch - deutschen Beziehungen in der Praxis schon sind, belegten zahlreiche Referenten: Dr. Rudolf Baer (Bayerische Staatskanzlei) über die bayerisch-tschechische Zusammenarbeit; Otakar Mika, Oberbürgermeister von Cheb/Eger und der Bayreuther Landrat Dr. Klaus-Günter Dietel für die Euregio Egrensis; die Geschäftsträger der tschechischen Botschaft in Bonn und der deutschen Botschaft in Prag, Dr. Vladislav Labudek und Werner Wnendt, über die deutsch-tschechischen Beziehungen; die Beauftragten für den deutsch-tschechischen Jugendaustausch Dr. Carsten Lenk und Frau Dr. Ludmila

Stuchliková und schließlich Martin Neupert von Rödl & Partner und Jiri Toifl vom Tschechischen Generalkonsulat in München über die Wirtschaftsbeziehungen. Übereinstimmender Tenor war, daß nur 8 Jahre nach dem Ende des Kommunismus ein erstaunliches Maß an Normalität in die Beziehungen beider Völker eingekehrt ist.

Die gute Nachbarschaft, zu der die Tagung einen Beitrag leistete, wurde nicht zuletzt dadurch sinnfällig, daß dank der bayerisch-böhmischen Musikanten und des anschließenden gemeinsamen Singens tschechischer und deutscher Volkslieder unter Leitung der aus Tschechien stammenden Akademiebibliothekarin, Dr. Zdenka Planeta und mit Gitarrenbegleitung von Dr. Lenk der bayerisch-tschechische Abend in ein böhmisch-bayerisches Sanges- und Verbrüderungsfest mündete. ■

Horst Denzer

Über die Sudetenfrage diskutierten unter Leitung von Prof. Dr. Frank Boldt (Cheb/Eger) neben Johann Böhm v.links: Volkmar Gabert, langjähriger SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzender in Bayern, Milos Rejchrt, Pfarrer, Unterzeichner der Charta 77 und heute Leiter des Kirchenfunks des Tschechischen Rundfunks, und Jan Hon von der politischen Abteilung der Präsidialkanzlei in Prag. Daneben Dr. Milan Dufek, Leiter des Tschechischen Generalkonsulats in München, Tagungsleiter Dr. Horst Denzer, Dr. Miskova und Akademiedirektor Prof. Dr. Heinrich Oberreuter. Daß alle um eine gute Zukunft der deutsch-tschechischen Nachbarschaft bemüht waren, wurde von dem Fakt unterstützt, daß Böhm, Gabert und Rejchrt dem Verwaltungsrat des deutsch-tschechischen Zukunftsfonds angehören.

„Man kann das Rad der Geschichte nicht zurückdrehen. Das ist die Grundlage jeder Diskussion.“

„Es geht nicht um die Restitution eines ursprünglichen Zustands. Es geht darum wie wir gemeinsam miteinander leben in einer guten Nachbarschaft - trotz dem, was in der Vergangenheit geschehen ist.“

### „Die Steine schnell aus dem Weg räumen“

Jan Hon

*Hon und Gabert gemeinsam:* Nach dem Urteil des tschechischen Verfassungsgerichts sind die Benes - Dekrete durch die neue tschechische Verfassung obsolet geworden. Das ist der Schlüssel für die Lösung der historischen Vorbelastungen.

„Ich möchte alle Steine, ob sie von tschechischer oder deutscher Seite da liegen, im Laufe der Zeit wegräumen. Und es ist an der Zeit, daß sie schnell weggeräumt werden.“

„Schaut in die Grenzgebiete. Unten in der Praxis sind die Sudetendeutschen und die Tschechen viel näher als ihr glaubt. Nur die offizielle Politik ist nicht so weit.“

Volkmar Gabert

„Ich rede nicht von Schuld. Ich rede davon, wo kann ich etwas wieder gutmachen.“

Johann Böhm

„Wir sind keine Götter. Wir können niemals eine absolute Gerechtigkeit erreichen, nur zu große Ungerechtigkeiten vermeiden.“

„Das Ende der deutsch-tschechischen Mißverständnisse ist auch eine Generationenfrage. Die jüngere Generation geht mit der Geschichte viel unbefangener um, sieht die Fehler auf beiden Seiten verteilt.“

„Rechtsansprüche widerstreben der Versöhnung, wenn sie auf Veränderungen abzielen, die ohne neue Verletzungen nicht zu haben sind.“

Als Pfarrer vergleiche er die tschechisch-deutsche Aussöhnung mit der biblischen Geschichte der Aussöhnung zwischen Jakob und Esau. Sie lehre: Versöhnung ist möglich auch bei schwerem Unrecht in der Vergangenheit. Sie braucht Zeit. Man muß in sie investieren. Sie setzt die Anerkennung der eigenen Schuld voraus.

Milos Rejchrt



Foto: Fuchs

# Themen Tagungen Termine

Für die mit einem \* gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

## Juni

- Nr. 47**                    **Welche Menschen braucht die Demokratie?**  
2. - 5. 6.                    Pfingst-Symposium  
Leitung: Hättich                    Sekretariat: Barbara Weisenborn Tel. 08158/256-47
- Nr. 49**                    **Politischer Extremismus und Demokratie**  
5. - 7. 6.                    In Zusammenarbeit mit dem Veldensteiner Kreis  
Leitung: Maruhn                    Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
- Nr. 50/1\***                **Deutschland in der Wirtschaftskrise - Ende des Sozialstaats?**  
15. - 18. 6.                In Zusammenarbeit mit dem Verband Bayerischer Staatsverwaltungsbeamter (vbs)  
Leitung: Willenborg                Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- Nr. 50/2**                **Rio und die Agenda 21**  
16. - 17. 6.                Seminar mit Mitarbeiterinnen der Katholischen Frauengemeinschaft Deutschlands  
und des Katholischen Deutschen Frauenbundes  
Leitung: Diemer                    Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
- Nr. 50/3**                **Akademiegespräch im Landtag**  
17. 6.                    Leitung: Oberreuter                Sekretariat: Gertraud Jonas Tel. 08158/256-49
- Nr. 51\***                **Sachverstand im Konflikt**  
19. - 21. 6.                Frauen in Naturwissenschaft und Technik  
(Frauenbeauftragte bayerischer Hochschulen)  
Leitung: Grosch                    Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- Nr. 51/1**                **Europäischer Tetralog in Passau**  
21. 6.                    Leitung: Oberreuter                Sekretariat: Barbara Weisenborn Tel. 08158/256-47
- Nr. 52\***                **Die Zukunft des Sozialstaates**  
22. - 26. 6.                Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen  
Leitung: Weber/Münchenbach                Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- Nr. 53\***                **Zukunftsfähige Lebensformen als gesellschaftliche Aufgabe**  
(Zukunftswerkstatt)  
22. - 26. 6.                Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen  
Leitung: Hampe/Zimmermann                Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- Nr. 54**                **Die neue Bürgergesellschaft**  
26. - 27. 6.                Leitung: Oberreuter/Kranenpohl                Sekretariat: Barbara Weisenborn Tel. 08158/256-47
- Nr. 55\***                **Wahlen in Deutschland**  
30. 6. - 2. 7.                Seminar für Mitglieder des Deutschen Frauenrings, Landesverb. Bayern e.V.,  
des Bayer. Landesverb. d. Katholischen Deutschen Frauenbundes e.V.  
und der Evangelischen Frauenarbeit in Bayern e.V.  
Leitung: Diemer/Weber                Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

# Themen Tagungen Termine

Für die mit einem \* gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

## Juli

- Nr. 55/1\***      **Politisches Lernen mit PC und PZ**  
30. 6. - 2. 7.      Fachtagung für politische Bildner in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung  
Leitung: Schröder/Golombek      Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
- Nr. 56/1**      **Justiz und Medien**  
2. - 4. 7.      Kooperationstagung mit der Neuen Richtervereinigung (NRV)  
Leitung: Piazolo      Sekretariat: Nadja Riewendt Tel. 08158/256-53
- Nr. 56/2**      **Globalisierung versus Fragmentierung - Weltwandel und Friedenssicherung**  
1. - 3. 7.      Partnertagung für zivile Träger der politischen Bildung und Bundeswehr in Zusammenarbeit mit den Landeszentralen Baden-Württemberg und Bayern  
Veranstaltung findet in Bad Urach (Haus auf der Alb) statt  
Leitung: Grosch/Hesse/Rupp      Sekretariat: K. Sittkus/G. Jonas Tel. 08158/256-49
- Nr. 57\***      **Wirtschaftsstandort Deutschland**  
6. - 10. 7.      Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen  
Leitung: Hampe/Güttler      Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-47
- Nr. 58\***      **Germany Today**  
6. - 13. 7.      Politische Landeskunde für Lehrer aus Kanada und den USA  
in Zusammenarbeit mit dem Institut für Auslandsbeziehungen e.V., Stuttgart  
Leitung: Grosch      Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- Nr. 58/2\***      **Probleme der Sozialkunde an beruflichen Schulen**  
10. 7.      Leitung: Willenborg      Sekretariat: Nadja Riewendt Tel. 08158/256-53
- Nr. 59\***      **Unregierbarkeit - Obstruktion - Reformstau - "Gridlock"**  
13.-16. 7.      Kooperationsseminar mit dem Lehrstuhl für Politikwissenschaft der Universität Passau  
Leitung: Oberreuter/Kranenpohl      Sekretariat: Karin Sittkus Tel. 08158/256-49

### ***Friedenserhaltende Maßnahmen der internationalen Völkergemeinschaft bei Menschenrechtsverletzungen***

**Nr. 60/98, 16. - 18. Juli 1998**      **Leitung: Dr. Michael Piazolo**      Sekretariat: Renate Heinz  
Tagungsgebühr: DM 90,--      Tel. 08158/256-50

Auf der Tagung wollen wir uns der Frage widmen, inwiefern humanitäre Interventionen im Spannungsfeld zwischen den völkerrechtlichen Prinzipien, Menschenrechtsschutz auf der einen Seite und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates auf der anderen Seite, zu verwirklichen sind. Dabei sollen die Erfahrungen der UNO, die sie bei ihren Einsätzen in Somalia, Jugoslawien, Mosambik, Südafrika und Ruanda gemacht hat, in den Vordergrund des Seminars gerückt werden. Es ist geplant, sich im einzelnen mit folgenden Themenkomplexen auseinanderzusetzen:

- Die Entwicklung des Menschenrechtsgedanken im Völkerrecht
- Völkerrechtliche Möglichkeiten von Konfliktmanagement und Konfliktregulierung
- Erfahrungen bisheriger Peacekeeping-Einsätze
- Die Bundeswehr in Jugoslawien - Erste Schlußfolgerungen
- Die Rolle der KSZE im Prozeß der Friedenserhaltung
- Überlegungen zur Zukunft der humanitären Intervention

# Themen Tagungen Termine

Für die mit einem \* gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

## Juli

### **Alterssicherung der Frau national und international - Entwicklungen und Reformperspektiven**

Nr. 61, 20. - 22. Juli 1998  
Tagungsgebühr: DM 90,-  
(ermäßigt: DM 45,-)

Leitung: Klaus Grosch  
Karl-Heinz Willenborg

Sekretariat: Renate Heinz  
Tel. 08158/256-50

Die soziale Sicherung der Frau in Deutschland ist reformbedürftig, das haben u.a. auch mehrere Urteile des Bundesverfassungsgerichts klargestellt. Das deutsche System der Altersvorsorge mit seiner Orientierung an Erwerbsarbeit ist für jenen Teil der Bevölkerung nach wie vor problematisch, der aus familiären Gründen seine Beteiligung am Erwerbsleben einschränkt. Trotz der im Oktober 1997 beschlossenen verbesserten Anerkennung von Zeiten der Kindererziehung bleibt das Thema der Hinterbliebenenrenten auf der Tagesordnung. Renten-

splitting statt Witwenrenten, Versicherungspflicht für Nichterwerbstätige, Mindestsicherung sind einige der Konzepte, die im Zusammenhang mit dem Aufbau einer *eigenständigen* sozialen Sicherung der Frau genannt werden. Auch in den Sozialversicherungssystemen unserer Nachbarstaaten gibt es viele Regelungen, die darauf abzielen, Altersarmut von Frauen trotz lückenhafter Erwerbsbiographie zu vermeiden. Sind sie in das deutsche System zu übertragen?

Nr. 63  
24. - 26. 7.

**Gewerkschaften in Europa**  
In Zusammenarbeit mit dem DGB-Landesbezirk Bayern  
Leitung: Maruhn

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

### **Welchenstellung für Deutschland? Der Verfassungskongreß von Herrenchiemsee**

Nr. 67, 30./31. Juli 1998  
Tagungsgebühr: DM 60,-  
(ermäßigt: DM 30,-)

Leitung: Prof. Dr. Heinrich Oberreuter  
Dr. Peter März  
Dr. Uwe Kranenpohl

Sekretariat:  
Barbara Weisenborn  
Tel. 08158/256-47

Bundesstaatlichkeit, Rechtsstaatlichkeit und Sozialstaatlichkeit sind prägende Faktoren des Grundgesetzes. Fast alle wesentlichen Weichenstellungen für das "Erfolgsmodell" Bundesrepublik Deutschland wurden noch vor dem Zusammentreten des Parlamentarischen Rates im Sommer 1948 vom Herrenchiemseer Verfassungskonvent vorgenommen. Freilich schuf auch der Konvent keine politische Ordnung im "luftleeren" Raum. Die bereits bestehenden Länder, die Parteien und selbstver-

ständig auch die Besatzungsmächte wirkten auf die Beratungen ein. Der 50. Jahrestag seines Zusammentreffens bietet die Möglichkeit, die Arbeit des Konvents aus der Sicht von Wissenschaftlern, Zeitzeugen und Politikern kritisch zu würdigen. Was bedeutet die Arbeit des Konvents verfassungspolitisch bis heute?  
Die Tagung wird gemeinsam mit der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit durchgeführt.

# Themen Tagungen Termine

---

Für die mit einem \* gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

## August

---

- Nr. 71\***  
3. - 7. 8. **Ferlenseminar I**  
**Fragen zur Zeitgeschichte - Probleme der Gegenwart**  
Leitung: Weber Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- Nr. 73**  
10. - 13. 8. **Ferlenseminar II:**  
**Vier Wege in Europa: Bulgarien, Deutschland, Rumänien, Ungarn**  
Für Sozialkunde-, Gemeinschaftskunde- und Geschichtslehrer in Bayern,  
Sachsen, Thüringen  
Leitung: Maruhn Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

## September

---

- Nr. 75**  
7. - 11. 9. **Ferlenseminar III:**  
**Politische Bildung im Schulalltag - Lehren unter erschwerten Bedingungen?**  
Leitung: Piazzolo Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- Nr. 77\***  
10. - 23. 9. **Erlebte Landeskunde**  
Aus den Bereichen Politik und Gesellschaft  
In Zusammenarbeit mit dem Goethe-Institut Oslo  
Leitung: Grosch Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- Nr. 81**  
18. - 19. 9. **Rundfunk-Kultur - Kultur-Rundfunk**  
50 Jahre öffentlicher Rundfunk in Bayern  
In Zusammenarbeit mit dem Münchener Arbeitskreis Öffentlicher Rundfunk  
Leitung: Schröder/Hömborg Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
- Nr. 83**  
21. - 25. 9. **Medienrecht und Gerichtsberichterstattung**  
Für Volontäre von Tageszeitungen. In Zusammenarbeit mit dem Institut für  
Journalistenausbildung an der Universität Passau  
Leitung: Schröder Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
- Nr. 85**  
23. - 25. 9. **Soziale Medienordnung in Europa**  
Leitung: Diemer/Schröder Sekretariat: Nadja Riewendt Tel. 08158/256-53
- Nr. 89\***  
28.9. - 1.10. **Agenda 21 - Herausforderung der Politik**  
Tagung mit dem Verband des Landwirtschaftlich-Technischen Dienstes in Bayern e.V.  
Leitung: Diemer Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

## Förderkreis der Akademie für Politische Bildung e.V.

### **EINLADUNG ZUR MITGLIEDSCHAFT**

1988 haben einige der Akademie nahestehende Persönlichkeiten den Förderkreis der Akademie für Politische Bildung gegründet mit dem Ziel, die Bildungsarbeit der Akademie bei den Projekten finanziell zu unterstützen, die nicht durch staatliche Haushaltsmittel realisiert werden können. 1. Vorsitzender des Vereins ist seit Juli 1995 Oberstleutnant a. D. Gernot Abendt aus Tutzing. Der Anfang wurde 1989 mit der Ausschreibung eines Schülerwettbewerbs zum Thema "40 Jahre Bundesrepublik Deutschland" gemacht; es folgte finanzielle Hilfestellung bei der Gewinnung bedeutender Referenten für die Tagung "Demokratie und Nation - ein deutsches Dilemma" sowie Unterstützung der Expertentagung "Reaktorsicherheit und Energiepolitik in Osteuropa" durch projektbezogene Spenden. 1995 wurde ein Publikationsprojekt durch den Förderkreis finanziert, 1997 ein VW-Bus.

Wir möchten Sie herzlich zur Mitgliedschaft im Förderkreis einladen, um so den Kontakt zu vertiefen, der durch den Bezug der Mitteilungen oder Teilnahme an Tagungen bereits besteht. Der Förderkreis ist als gemeinnütziger Verein anerkannt und somit berechtigt, Spendenquittungen auszustellen. Der Mitgliedsbeitrag beträgt DM 50,- im Jahr; die Vereinssatzung wird Ihnen auf Anforderung gerne zugesandt. Über neue Mitglieder würden wir uns sehr freuen.

Geschäftsstelle: 82327 Tutzing, Buchensee 1, Tel. 08158/256-0 / Fax: 08158/256-51  
Bankverbindung: Kreissparkasse Starnberg, Zweigstelle Tutzing, BLZ 700 540 80  
Konto-Nr. 430 592 477

---

An den  
Förderkreis der  
Akademie für Politische Bildung e. V.

82323 Tutzing

### **BEITRITTSERKLÄRUNG**

Hiermit erkläre ich meine Mitgliedschaft im Förderkreis der Akademie für Politische Bildung.

- Den Mitgliedsbeitrag überweise ich.
- Ich bitte um Übersendung einer Einzugsermächtigung.

Name, Vorname: .....

Titel, Beruf: .....

Anschrift, Telefon: .....

Datum, Unterschrift: .....

## Zeitungs-Echo + Medienstimmen + Pressesplitter

Akademie-Arbeit und Veranstaltungen im Spiegel der Medien

### Unsere Geschichte liegt noch vor uns

Über die Tagung mit den GRÜNEN im Januar 1998 (siehe Report 1/98) berichtet Holger Möhle in der NEUEN RUHR ZEITUNG vom 27.1.98:

Daxenberger spricht im politischen Spannungsfeld. Drei Tage hat die CSU-geprägte Akademie für Politische Bildung (Tutzing) zu einem Podium mit den Grünen geladen: "Die Grünen - Wo wie herkommen, wer sie sind, wo sie hingehen." Daxenberger ist lebendes Beispiel für die Ak-



Sepp Daxenberger

zeptanz der Grünen selbst bei jenen, die ihnen einst prophezeiten, allenfalls eine "Bewegung" zu sein. Der Grünen-Bundestagsabgeordnete Gerald Häfner spricht schon am ersten Abend von einer "faszinierenden Erfolgsstory". Natürlich hatten sich die Grünen verändert, "aber mindestens in diesem Maße hat sich auch diese Republik verändert", sagt Häfner. Und er prophezeit: Der größere Teil "unserer Geschichte liegt noch vor uns."

... Dem konservativen Politik-Professor Kurt Sontheimer sind die Grünen bis heute suspekt. "Das Selbstbewußtsein dieser Partei ist enorm", sagt er hintersinnig. Sie hätten zwar "zur Buntheit in der Politik beigetragen", doch dies sei eher ein "ästhetisches Merkmal", sagt Sontheimer. Milder urteilt Akademie-Direktor Heinrich Oberreuter: Die Grünen seien "trotz allem immer noch eine interessante, atypische Partei".

### Normale Pathologie oder herausragendes Problem?

Über die Tagung „RECHTSEXTREMISMUS IN GESELLSCHAFT UND PARTEIENLANDSCHAFT DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND“ schreibt Frank Jansen in DER TAGESSPIEGEL vom 20.4.98:

Staats- und Verfassungsschützer, Staatsanwälte, Wissenschaftler, ein Bundeswehr-Offizier sowie Journalisten waren zu einem Gedankenaustausch über "Rechtsextremismus in Gesellschaft und Parteienlandschaft der Bundesrepublik Deutschland" zusammengekommen. Eine knappe Mehrheit neigte eher abweglichen oder konservativen Deutungsmustern zu.

... Die renommierten, aber auch umstrittenen Extremismusforscher Uwe Backes und Eckhard Jesse propagierten den "antitotalitären Konsens". Jesse forderte "Äquidistanz" zu Rechts- und Linksextremisten und zitierte den Kölner Sozialforscher Erwin K. Scheuch, der den Rechtsextremismus als "normale Pathologie der modernen Industriegesellschaft" charakterisiert hat. Backes warnte: "Wenn demokratische Politiker allzu leicht dem Sirenenangst der Populisten nachgeben - wie im Fall der PDS geschehen - entstehen Gefahren für die Demokratie." Gemeint war das sogenannte Magdeburger Modell. Konkrete, in Sachsen-Anhalt zu beobachtende Folgen der "Erosion der Abgrenzung" nannte Backes allerdings nicht.

Vor allem die Beiträge zweier Verfassungsschützer über die aktuellen Gefahren, die vom Rechtsextremismus ausgehen, ließen jedoch den gedanklichen Spielraum für eine Relativierung eher gering erscheinen. Armin Pfahl-Traughber vom Bundesamt für Verfassungsschutz bezeichnete die Gewalttätigkeit nicht nur als "erschreckend", er sprach sogar von einer "sehr bedenklichen Trendwende", die 1997 sichtbar geworden sei. Sorge bereite insbesondere „die zunehmende Akzeptanz von Jugendlichen aus den unteren sozialen Schichten für rechtsextremistische Orientierungen“, vornehmlich in Ostdeutschland. Unter Hinweis auf die Kampagnen gegen das Goldhagen-Buch, die Ausstellung über Verbrechen der Wehrmacht sowie gegen den Euro warnte Pfahl-Traughber vor konservativ-rechtsextremistischen "Schnittmengenthemen". Das etwa 23 Prozent der Wahlbürger umfassende "rechtsextremistische Einstellungspotential" sei noch kein Wahlpotential, "aber ein Problemfaktor, mit dem man rechnen muß, vor allem im Zusammenhang mit



Armin Pfahl-Traughber: „Rechtsextremes Einstellungspotential als Problemfaktor“

Foto: Schölderle

den Schnittmengenthemen". Pfahl-Traughber forderte von den Konservativen den Verzicht auf unseriöse Kritik, da sie von Rechtsextremisten "verzerrt aufgegriffen" werde.

# Zeitungs-Echo + Medienstimmen + Pressesplitter

Akademie-Arbeit und Veranstaltungen im Spiegel der Medien

## Jeder sei seiner Daseinsvorsorge Schmied

Über die Tagung mit der ZUKUNFTSKOMMISSION schreibt Thomas Schmid in der BERLINER ZEITUNG vom 7.4.98 u.a.:

Fortan war die Tagung von einem zähen Ringen zwischen Kommissions-Anhängern und -Gegnern geprägt. Dieser Kampf zweier Linien wurde meist nicht so offen ausgetragen, wie es gut gewesen wäre. Denn die Gegner (unter ihnen der CDU-Politiker Ulf Fink, der stellvertretende Vorsitzende der bayerischen SPD-Fraktion Franz Maget und - mit Abstand am differenziertesten - Walter Riestler, stellvertretender Vorsitzender der IG Metall) kämpften in der Regel nicht mit offenem Visier. Daß sie eigentlich der Meinung waren, die Vorschläge seien neomodischer Firlefanz und man solle doch beim mehr als 40 Jahre lang bewährten Ziel der Vollerwerbsgesellschaft und beim etablierten Sozialstaat bleiben, das sprachen sie nicht offen aus. Statt dessen hieß es: Die Vorschläge der Kommission seien da und dort ungenau, womöglich unpraktikabel, würden zu viel Zeit erfordern etc.

Im hinhaltenden Reagieren führten die Zweifler das Beharrungsvermögen eben der alten Bundesrepublik vor, die sich in Tutzing auf dem Prüfstand befand. Als der emeritierte Sozialexperte Heinz Lampert seine Zweifel an der These vom notwendigen Umbau begründete, spürte man, daß da einer ein Lebenswerk verteidigte, das in den großen Arbeits-, Sozial- und Verteilungsteppich der Bundesrepublik eingewebt ist. Noch einmal erstrahlte das milde Licht dieser Republik. . . .

Konservative Fortschrittsbewahrer vom politisch linken Flügel stritten in Tutzing mit politisch eher in der Mitte und rechts von ihr angesiedelten Modernisierern, die (von Viag-Chef Georg Obermeier abgesehen) nicht zum Sozialabbau um des Standorts willen bliesen, sondern entscheiden und besorgt, zukunftsfröhlich und der Risiken bewußt für zwei, drei

grundsätzliche Reparaturen am Gebäude der Republik plädierten.

Es war schade, daß die Fronten so messerscharf entlang der bekannten Lagergrenzen verliefen. Abgesehen von Ruth Paulig, der bayerischen Landesvorsitzenden der Grünen, die Sozialromantik und versteckte grüne Kli-



*Bei Heinz Lamperts Vortrag erstrahlte noch einmal das „milde Licht dieser Republik“*

*Foto: Schölderle*

entelpolitik mit einigen unkorrekten Ideen zu Mittelstand, Handwerksordnung und Beamtenstatus sprenkelte, waren die Reihen allseits fest geschlossen. Besonders deutlich wurde das in der Diskussion über die Reorganisation des Länderfinanzausgleichs: Links war verlässlich dagegen, Rechts (allen voran Bayerns Sozialministerin Barbara Stamm) dafür.

Kein Zweifel: Die eher ungeordneten Miegel-Truppen werden obsiegen. Der defensiven Haltung ihrer Gegner ist anzumerken, daß sie das wissen.

## Trotz großer Fortschritte: Etwas Sand knirscht noch im bayerisch- tschechischen Getriebe

Über die Tagung „NACHBAR TSCHECHIEN“ berichtet Oliver Platzer in der PASSAUER NEUEN PRESSE vom 2.4.98:

Volkmar Gabert, Vorsitzender der Seliger-Gemeinde, und Johann Böhm, Präsident des Bayerischen Landtags, ließen auf einer Podiumsdiskussion keinen Zweifel, woran ihnen in der sudetendeutschen Frage gelegen ist: Über das Rückkehrrecht und die Eigentumsfrage müsse weiter geredet werden. „In Gesprächen muß versucht werden, gemeinsame Modelle zu entwickeln, über ein Rückkehrrecht von Sudetendeutschen und auch über eine mögliche Lösung der offenen Vermögensfragen“, so Gabert.

Johann Böhm sagt, daß nicht Staaten untereinander die Eigentums- und Heimatfrage zu klären hätten, sondern daß es dabei um „individuelle Menschenrechte“ gehe. Die überwiegende Mehrheit der Sudetendeutschen sei zum Verzicht auf ihr Eigentum bereit. Sie stünden aber auf dem Standpunkt: „Wenn schon einer verzichten soll, dann wollen wir das - als Rechtsinhaber - selber tun“. Der evangelische Pfarrer Milos Rejchrt, Mitarbeiter des tschechischen Rundfunks, verwies darauf, daß Rechtsansprüche einer Versöhnung widerstrebten, „wenn sie ohne neue Verletzungen nicht zu haben sind“, nämlich Tschechen aus ehemaligen Häusern von Sudetendeutschen wieder hinauszuerwerfen. An die Adresse seiner eigenen Landsleute sagte Rejchrt aber, wer Versöhnung haben wolle, müsse auch seine Schuld anerkennen.

## Zeitungs-Echo + Medienstimmen + Pressesplitter

### Akademie-Arbeit und Veranstaltungen im Spiegel der Medien

#### Landtage sollen sich Gesetzgebungskompetenzen zurückholen: „Machtvolle Länder - machtlose Landtage?“

Über den Vortrag von Akademiedirektor Oberreuter bei der SOIREE IM BAYERISCHEN LANDTAG schreibt Waltraud Taschner in der Zeitschrift MAXIMILIANEUM:

Unter dem Motto „Machtvolle Länder - machtlose Landtage?“ setzte der Politikwissenschaftler die gut 300 Gäste der Soiree darüber ins Bild, was seiner Meinung nach getan werden muß, um die Landesparlamente wieder zu stärken. Eine Parlaments- und eine Föderalismusreform gingen dabei Hand in Hand

... Ob sich aber alle Bundesländer so über die neuen Gestaltungsmöglichkeiten freuen wie der Freistaat Bayern, ist für den Politikprofessor Oberreuter fraglich: „Es hat den Anschein, daß die meisten Länder vor dem Mut erschrecken, sich selbst zu stärken.“ Genau das sollten sie aber tun, empfiehlt er; sich Zuständigkeiten in der Gesetzgebung zurückholen

... Die Länder sollen sich nach Meinung des Politikprofessors außerdem eigene Steuerquellen erschließen dürfen - ein Vorschlag, den auch Ministerpräsident Stoiber unterstützt: Er hat vor kurzem angeregt, daß eine Enquete-Kommission von Bundesrat und Bundestag prüfen soll, wie die Forderung nach mehr Steuerautonomie für die Länder konkret umgesetzt werden könnte.

Oberreuter plädiert zudem für eine konsequente Anwendung des Subsidiaritätsprinzips: Entscheidungen sollten da getroffen werden, wo sie anfallen. Auch soll die Zahl der zustimmungspflichtigen Gesetze im Bundesrat gesenkt werden: die Länderkammer sollte ihr Placet nur noch für solche Vorhaben geben müssen, die einen „politisch relevanten Kernbereich“ berühren. Das alles hätte zur Folge, daß in Bonn auch bei unterschiedlichen Mehrheitsverhältnissen in Bundestag und Bundesrat „wahr-



Prof. Dr. Heinrich Oberreuter:  
„Beteiligungs- und Wettbewerbsföderalismus können sich ergänzen“  
Foto: Schröder

scheinlich eher wieder regiert“ werden könnte, glaubt der Politikprofessor. Für die Bundesländer prophezeit er eine „Revitalisierung“ der Parlamente, weil durch neue Zuständigkeiten und ein eigenes Steueraufkommen „Politik zurückgeholt“ würde.

Wenn Länder eigenständiger werden, tritt auch der Wettbewerbsgedanke stärker in den Vordergrund. Doch die Bereitschaft zum Wettbewerb, gab Oberreuter zu bedenken, muß man sich auch leisten können. Am Beispiel des umstrittenen Länderfinanzausgleichs wird das besonders deutlich: Vor allem die finanzstarken Länder Bayern, Baden-Württemberg und Hessen fordern eine Reform des Ausgleichssystems, das die ärmeren Bundesländer zu Lasten der wohlhabenden

den alimentiert. „Es hat den Anschein“, betonte Oberreuter, „daß zu einer Revitalisierung des Wettbewerbs im wesentlichen jene Länder neigen, die ihn sich leisten können.“

Ist der Wettbewerbsföderalismus damit schon am Ende? Nicht unbedingt, meint Oberreuter. Das künftige Miteinander der Länder müsse ja nicht ausschließlich vom Konkurrenzdenken geprägt sein: der jetzt praktizierte „Beteiligungs-föderalismus“ und der Wettbewerbsföderalismus könnten sich doch auch ergänzen. Die weniger leistungsstarken Länder könnten zudem zu ihrem Glück gezwungen werden: der Wettbewerbsgedanke könnte nämlich, wie Oberreuter andeutete, auch ohne deren ausdrückliches Dazutun bei ihnen Einzug halten. Als rechtliche Grundlage sieht er unter anderem die neue Formulierung im Grundgesetz, die, statt des Einheitgebots, nur mehr das Recht auf „vergleichbare“ Lebensverhältnisse für die Bürger garantiert.

Akademie für Politische Bildung  
Postfach 220, 82323 Tutzing  
Postvertriebsstück  
„Entgelt bezahlt“, B 42656

## Wenn aus Lesern Reporter werden

Über eine Veranstaltung mit Schülerredakteuren „PROJEKT: ZEITUNG IN DER SCHULE“ im März 1998 berichtet Daniela Gorgs im Lokalteil der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG/ EBERSBERGER NEUESTE NACHRICHTEN vom 9.4.98:

Wie komme ich an Informationen? Was kriege ich wie heraus und setze es dann so um, daß das Wichtigste vorn steht und es sprachlich korrekt lautet? Solche Fragen beschäftigten die Akademiebesucher zwei Tage lang. Mit Hilfe der Dozenten Klaus Grosch und Michael Schröder werteten sie Zeitungsmaterial aus und bauten aus verschiedenen Texten eigene Artikel. Was man alles beachten muß, wenn man eine Zeitung für einen vielschichtigen Leserkreis macht, durften die Teilnehmer des Projekts „Zeitung in der Schule“ hautnah erleben. Bevor sie in Tutzing ausschwärmten, um Menschen auf der Straße nach Themen wie Berufsbildung, Arbeitslosigkeit, Umwelt oder gesellschaftlichen Wandel zu befragen, überlegten sie sich eindringlich Interviewstrategien. Vor



*Interviewübung: Die Hauswirtschaftsleiterin der Akademie, Christine Friedrich (Mitte), im Gespräch mit Teilnehmerinnen der Zeitungswerkstatt*  
Foto: Endres

Aufregung vergaßen die jungen Reporter sogar die Mittagspause. „Zuerst wußte ich nicht, wie ich die Leute anreden soll“, erzählt Christian Ambros, ein angehender Gärtner. Schließlich habe er einfach drauflosgeredet und

begeistert festgestellt, wie auskunftsfreudig die Angesprochenen waren: „So schnell konnte ich dann gar nicht mitschreiben.“

**Ich Interessiere mich für folgende Seminare und bitte um Zusendung der ausführlichen Tagungsprogramme:**

Etwa 4 - 6 Wochen vor Seminarbeginn erhalten Sie von uns die Unterlagen für Ihre verbindliche Anmeldung.

Name..... Vorname.....  
Straße.....  
PLZ..... Ort.....  
Tel..... Fax.....  
Beruf/Institution..... Geburtsjahr.....

Mit dieser Rückmeldung erkläre ich mein Einverständnis zur Verwendung meiner persönlichen Daten im Rahmen der tagungsbezogenen Datenverarbeitung der Akademie für politische Bildung Tutzing